



**GUINEA:
MENSCHENRECHTS-
VERLETZUNGEN
DURCH
RÜCKSICHTSLOSEN
BAUXITABBAU**

DER FALL SANGAREDI



IMPRESSUM:

Coverbild: © Benjamin Moscovici
Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104 • 50939 Köln
Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11
www.fian.de • Info@fian.de

Erscheinungsdatum: März 2024
ISBN: 978-3-943662-20-7
Autor*in: Gertrud Falk
Redaktion: Dr. Friederike Diaby-Pentzlin
Lektorat: Philipp Mimkes
Layout: Sylvia Wu
V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes

Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift
Illustrationen und Grafiken: siehe Unterschriften
Hinweis: Alle Namen wurden zum Schutz der
Betroffenen geändert.

Spendenkonto FIAN Deutschland:
Konto Nr. 4000 4444 00 • BLZ 430 609 67 • GLS-
Bank
IBAN: DE84|4306|0967|4000|444400
BIC: GENODEM1GLS

Haftungshinweis:
Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen
wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für
den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich
deren Betreiber verantwortlich.

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	4
Einleitung	6
I. Der Guineische Staat	7
Staatliche Strukturen	7
Lokale Gemeinden	8
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	10
Politische Entwicklung	11
Justiz	12
II. Die menschenrechtliche Lage	13
Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	13
Recht auf Abschaffung von Frauendiskriminierungen	13
Bürgerliche und politische Rechte	14
III. Landrechte in Guinea	15
IV. Bergbau in Guinea	16
V. Die Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG)	18
Verbindung Deutschlands mit der CBG	21
VI. Ergebnisse der Vorort Recherche	24
Zugang zu angemessener Nahrung	24
Zugang zu sauberem und sicherem Wasser	28
Zugang zu angemessenem Wohnraum	30
Umsiedlungen	31
N'Danta Fogné	
Parawi	
Fassali Foutabhé	
Hamdallaye	
Gesundheit und Zugang zu medizinischer Versorgung	35
Zugang zu Bildung	37
Ausübung von Kultur und Religion	38
Gleichberechtigung von Frauen	39
Gesunde Umwelt	41
Einkommen schaffende Maßnahmen der CBG	42
Unzureichende Entschädigungen	44
VII. Lösungsstrategien der Bevölkerung	45
VIII. Die Beteiligung der Banken	47
IX. Der guineische Staat und die CBG	48
X. Guineas menschenrechtliche Pflichten	50
XI. Deutschlands Extraterritoriale Pflichten	52
XII. Empfehlungen	56
An die deutsche Regierung	
An die guineische Regierung	
Ausblick und Danksagung	58
Endnoten	59

Abkürzungsverzeichnis

ADL	Agence de Développement Local
ANAFIC	Agence nationale de financement de collectivités locales
ASI	Aluminium Stewardship Initiative
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNÉÉÉ	Bureau Guinéen d'Études et d'Évaluation Environnementale
CAO	Compliance Advisor/Ombudsman
CBG	Compagnie des Bauxites de Guinée
CECI	Centre d'Etude et de Coopération Internationale
CEDAW	Convention (Committee) on the Elimination of Discriminations against Women
CNRD	Comité National de Rassemblement pour le Développement
CFD	Code foncier et domanial
CRC	Convention on the Right of the Child
EIES	Etude d'impact environnementale et sociale
ESAP	Environmental and Social Action Plan
FAO	Food and Agriculture Organisation of the United Nations
FIAN	FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk
FNDL	Fonds National de Développement Local
FODEL	Fonds de développement économique local
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GNF	Franc guinéen
HALCO	Harvey Aluminium Consortium
HRW	Human Rights Watch
IDI	Inclusive Development International
IFC	International Finance Corporation
IMA	Inter-ministerieller Ausschuss
INIDH	l'Institution nationale indépendante des droits de l'Homme
ITIE	Initiative pour la transparence dans les industries extractives
IWF	Internationaler Währungsfonds
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
NGO	Non-Governmental Organisation
OECD	Organisation of Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PAI	Programme Annuel d'investissement
PARC	Plan de réhabilitation d'action de réinstallation et de compensation
PDD	Plan de Développement District
PDL	Plan de Développement Local
SAPR	Système d'Alertes Précoces et de réponses
SMB	Société Minière de Boké
t	Tonnen
UCLG	United Cities and Local Governments

UFK	Ungebundenen Finanzkredit-Garantie
UN	United Nations
UNDP	United Nation Development Program
UNDROP	United Nations Declaration on the Rights of Peasants and other People working in rural areas
USD	US-Dollar
WWF	World Wide Fund For Nature



Einleitung

Anfang Dezember 2022 haben zwei Vertreterinnen von FIAN zum ersten Mal vor Ort zu den Auswirkungen der Bauxitmine Sangaredi auf die Menschenrechte im westafrikanischen Guinea recherchiert. Die Mine wird von der *Companie des Bauxite de Guinée* (CBG) betrieben, einem halbstaatlichen guineischen Unternehmen. Die andere Hälfte gehört drei multinationalen Bergbaukonzernen. Deutschland trägt eine große Verantwortung für die Auswirkungen der Mine auf die Menschenrechte der umliegenden Bevölkerung. Die Bank Ing-DiBa AG hat als Teil eines Konsortiums der CBG 2016 den größten Einzelkredit für die Erhöhung der Produktivität und Ausbeutung der Mine gegeben. Die Bundesregierung hat diesen Kredit im Rahmen ihrer Außenwirtschaftsförderung zur Sicherung der Rohstoffversorgung der Industrie versichert. 15 % des Bauxits der Mine werden nach Deutschland exportiert. Das daraus hergestellte Aluminium wird vor allem von der Automobilindustrie sowie den Bau- und Verpackungssektoren verarbeitet. Doch vor Ort in Sangaredi gibt es erhebliche Landnutzungskonflikte, Beschwerden über die Zerstörung von Wasserressourcen, Beschädigungen von Häusern und Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, die im Einzugsgebiet der Mine lebt. Die guineische Regierung unterstützt dennoch einseitig die CBG. 13 Dörfer haben deswegen eine Beschwerde bei der Ombudsstelle der *International Finance Corporation* (IFC) eingereicht, die ebenfalls einen Kredit für die Erweiterung der Mine bereitgestellt hat.¹

amerikanische Partner-NGO Inclusive Development International (IDI) sowie einer der Betroffenen unterstützt. Mit beiden steht FIAN schon länger in Kontakt. Sehr hilfreich waren auch die Studien von IDI und *Human Rights Watch* (HRW) zur den Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen durch die Sangaredi-Mine.²



© Benjamin Muscovici

Seit 2020 unterstützt FIAN die Betroffenen durch Advocacy-Arbeit gegenüber der Bundesregierung. Die Vorbereitung der Reise hatten die US-

I. Der Guineische Staat

Guinea war französische Kolonie und hat nach der Unabhängigkeit versucht, sich soweit wie möglich unabhängig von Frankreich zu organisieren. Dazu gehörten andere staatliche Strukturen sowie die Einführung einer Währung, die nicht an den Franc gebunden ist.

Staatliche Strukturen

Guinea war auf Basis der Verfassung aus dem Jahr 2010 bis zum Militärputsch 2021 eine präsidentiale Republik, in der der Präsident direkt vom Volk gewählt wird. Der Staat ist in einen Regierungsbezirk (Conakry) und sieben Verwaltungsregionen unterteilt.³ Eine dieser Regionen im Nordwesten des Lands ist Boké, in der die Gemeinde Sangaredi liegt, in deren Gebiet die CBG ihre Bauxit-Mine betreibt.

Auf Basis der Verfassung aus dem Jahr 2010 gibt es parallel dezentrierte und dezentralisierte Strukturen von nationaler bis lokale Regierungsebene: auf der einen Seite die Top-Down-Struktur der Präfekturen, über die die Nationalregierung Kontrolle bis auf die lokale Ebene ausübt, auf der anderen Seite die Bottom-Up-Struktur von Gemeinden und Regionen, die von der Bevölkerung gewählt werden. Die zentral kontrollierten Gebietskörperschaften sind untergliedert in acht Regionen unter der Verwaltung durch Militär-Gouverneure, Präfekturen und Unterpräfekturen.⁴ Die dezentralisierten Strukturen sind in städtische und ländliche Gemeinden untergliedert. Gemeinden (Bottom-Up) und Unterpräfekturen (Top-Down) können geografisch deckungsgleich sein. Die Gemeinden haben einen gewählten Gemeinderat als beratendes Organ sowie einen ebenfalls

Hinter dem alten Hamdallaye entsteht eine Eisenbahnstrecke für den Abtransport des Bauxits



gewählten Bürgermeister und Stellvertreter als Exekutive. Das Gesetz für lokale Gebietskörperschaften (*Code des collectivités locales*) aus dem Jahr 2006 mit revidierter Fassung von 2017 räumt den Gemeinden weitreichende finanzielle Autonomie und Vorrechte ein. Die Gemeinde ist u. a. zuständig für Bildung, Gesundheitspolitik und Infrastruktur. Ab 2015 wechselte die Regierung jedoch zur gegenläufigen Politik einer verstärkten Kontrolle der Kommunen durch die Zentralregierung. Die Gemeinden haben zwar per Gesetz weitreichende Aufgaben und Kompetenzen; gemäß OECD und *United Cities and Local Governments* (UCLG) können sie diese aber mangels finanzieller Mittel und fachlicher Kapazitäten nicht effektiv ausüben.⁵ Im Gespräch sagte beispielsweise der Bürgermeister von Sangaredi, dass er wegen der fehlenden finanziellen Mittel mit Unternehmen zusammenarbeiten müsse, damit die Gemeinde ihre Aufgaben erfüllen könne.

Erst mit der zweiten Verfassung 1984 wurden Umweltthemen als politische und gesetzgeberische Aufgaben wahrgenommen.⁶ Allerdings waren die ersten Jahre von häufigen Wechseln der zuständigen Institutionen geprägt: Von 1984 bis 2013 hat die Zuständigkeit für die Umweltpolitik acht Mal gewechselt. Das führte zu einer unsteten Politik. So war beispielsweise der 1994 erstellte *National Environment Action Plan 2004* noch nicht umgesetzt. Zudem entwickelten andere Ministerien, in deren Aufgabenbereichen Umweltbelange von Bedeutung waren, ebenfalls Strategien und Aktionspläne, ohne sie auf einander abzustimmen.⁷ Seit 2013 ist das Ministerium für Umwelt, Gewässer und Wälder (*Ministère de l'Environnement, des Eaux et Forêts*) zuständig für die Umweltpolitik.⁸

Das Umweltgesetz von 1987 verpflichtet Bauherren und Verantwortliche von Großprojekten mit potentiell schädlichen Umweltauswirkungen dazu, vor Beginn des Projekts Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und den zuständigen Ministerialbehörden vorzulegen. Darin sollen die direkten oder indirekten Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht, den Lebensraum und die Lebensqualität der Bevölkerung bewertet werden.⁹ Dazu hat das

Ministerium für Umwelt, Wasser und Wälder per Erlass eine Anleitung in Kraft gesetzt, den *Guide Général de Réalisation des Études d'Impact Environnemental et Social* (EIES).¹⁰ Die Durchführung der Analysen werden vom *nationalen Bureau Guinéen d'Études et d'Évaluation Environnementale* (BNÉÉE) überwacht. Die Fachleute des BNÉÉE werden bei den Durchführungen in der Regel von lokalen Gemeindevertreter*innen begleitet.

Lokale Gemeinden

Städtische Gemeinden sind unterteilt in Quartiere, ländliche in Distrikte. Die Quartiere und Distrikte wiederum teilen sich in Sektionen.¹¹ Ein *Chéf de Secteur* (Sektor-Chef) ist für mehrere Dörfer zuständig und wird laut Gesetz von *Conseillers*¹² unterstützt; der FIAN-Mission gegenüber wurde von *Animateurs villageurs* gesprochen, die den einzelnen Dörfern vorstehen. *Chéf de Secteur* und *Animateur villageur* müssen verschiedene Personen sein. Ihre Ämter sind eher informell, es gibt für sie kein staatliches oder kommunales Budget. Viele Themen werden auf Basis ihrer Traditionen behandelt.

Den Gemeinden stehen nach dem Bergbaugesetz gewisse Rückvergütungen von den Bergbauunternehmen zu (*ristournes*). Bauxitfördernde Unternehmen müssen gemäß Art. 130 in Verbindung mit Art 14 des Bergbaugesetzes¹³ einen Beitrag von 0,5 Prozent ihres Umsatzes in den *Fonds de Développement Economic Local* (FODEL) einzahlen. Diese Mittel stehen den Gemeinden in den Konzessionen direkt zu. Davon befreit sind Bergbauunternehmen, die bereits vor Inkrafttreten des Bergbaugesetzes im Jahr 2011 freiwillig Beiträge für die sozio-ökonomische Entwicklung gezahlt haben. Die CBG ist eines von ihnen.¹⁴ So hat sie gemäß IETI bereits vor Inkrafttreten des Bergbaugesetzes im Jahr 2011 den Gemeinden in unmittelbarer Nähe ihrer Konzession freiwillig 500.000 US Dollar (USD) zur Unterstützung ihrer Entwicklung gezahlt und falle deswegen nicht unter die gesetzliche Bestimmung des FODEL. Im Januar

2017 habe der Verwaltungsrat diesen Beitrag freiwillig auf 2,5 Millionen USD erhöht.¹⁵ Der Bürgermeister von Sangaredi bestätigte, dass die CBG den zehn anliegenden Gemeinden insgesamt 2,5 Mio. USD pro Jahr zur Verfügung stelle. Die von Bergbau betroffenen Gemeinden erstellen für die Verwendung der Mittel des FODEL (und so für außerhalb des regulären Gemeindehaushalts zusätzlich erhaltene Gelder aus dem Bergbausektor) gesonderte fünfjährige Entwicklungspläne (*Plan de Développement Local* - PDL). Das Verfahren bemüht sich um Partizipation. Die Gemeinde Sangaredi setzt sich aus 11 Bezirken zusammen. Zu Beginn erarbeiten die Bezirke, namentlich technische Fachleute der Gemeinde begleitet von den *Chefs de Secteur* mit ihren *Animateurs villageurs* Bezirkspläne (*Plan de Développement District* - PDD) mit jeweils fünf Projekten, auf die sich am Ende des Bezirksprozesses in einer öffentlichen Sitzung geeinigt wird. Aus den verschiedenen PDD wird dann der Entwicklungsplan für die gesamte Gemeinde, der PDL erstellt. Den PDL wiederum überführen technische Gemeindemitarbeiter*innen in das jährlich zu erstellende *Programme Annuel d'investissement* (PAI). Nach Aussagen eines Mitarbeiters der Gemeindeverwaltung Sangaredi werden im Durchschnitt 30 Prozent der Projekte des PDL umgesetzt.

Damit auch Regionen außerhalb der Abbaugelände vom Bergbausektor profitieren, hat der Staat den *Fonds National de Développement Local* (FNDL) eingerichtet.¹⁶ Die Finanzbehörden müssen 15 % der Einnahmen aus den insgesamt sechs verschiedenen Steuern für Bergbauunternehmen in ihn einzahlen. Der FNDL wird von der *Agence Nationale de Financement des Collectivités Guinée* (ANAFIC) verwaltet, die für die Auszahlung der Gelder an alle Gemeinden Guineas zuständig ist.¹⁷ Auf Gemeinde-Ebene wird dafür eine *Agence de Développement Local* (ADL) eingerichtet. Die ANAFIC wurde allerdings von der Militärregierung aufgrund von Korruptionsvermutungen geschlossen und deren Mittel eingefroren.

2013 wurde zusätzlich zu den beiden Fonds noch eine Grundsteuer (*redevance superfiarie*) eingeführt, die jedoch für die Gemeinden kaum von Bedeutung ist.

Neben diesen Strukturen von lokaler hoch zu regionaler Ebene hat die Regierung 2019 eine weitere parallele Top-Down-Struktur eingerichtet, die von der nationalen Ebene runter bis zur städtischen Ebene über Präfekturen und Unterpräfekturen für einen besonderen Zweck organisiert ist, das *System d'Alert Precause et de Response* (SAPR). Es soll offiziell als eine Art Frühwarnsystem für Konflikte im Zusammenhang mit der Zuteilung der Steuergelder aus dem FNDL fungieren, der durch die ANAFIC verwaltet wird (s.o.). Auf Gemeinde-Ebene wurde dazu die *Agence de Développement Local* (ADL) eingerichtet bzw. eine vom Staat bezahlte Einzelperson unter Vertrag genommen, die als *Agent de Développement Local* (ebenfalls ADL) dann die höheren Ebenen über Konflikte auf lokalen Ebenen informiert.

In den Unterpräfekturen wird der Unterpräfekt direkt von der Nationalregierung eingesetzt. Bindeglied der parallelen Strukturen ist der *Secrétaire General de la Commune*, der die Aufgabe des Beraters sowohl für den Bürgermeister als auch für den Unterpräfekten hat. In den Gemeinden, wie auch in Sangaredi, sind die drei höchsten Autoritäten:

1. Der **Sous-Präfekt**: eingesetzt vom Staat
2. Der **Bürgermeister**: gewählt von der Bevölkerung
3. Der **Secrétaire General**: Berater des Bürgermeisters und des Sous-Präfekten; er kann beide im Notfall vertreten.

Diese drei Ämter repräsentieren die Struktur des Staates auf lokaler Ebene. Bei der Recherche vor Ort blieb der Eindruck, dass Sous-Präfekt und Bürgermeister in Bezug auf die CBG unterschiedlich agieren.

In der Gemeindeverwaltung Sangaredis arbeitet darüber hinaus ein Bergbau-Experte, der von der Nationalregierung als *Agent de Développement Local* (ADL) eingesetzt und über Jahresverträge bezahlt wird. Seine Ausbildung hatte er vom multinationalen Bergbauunternehmen ALCOA erhalten. ALCOA ist Anteilseigner der CBG.

Eine Folge der Delegation der Kontrolle der Sozial- und Umweltpläne der Bergbauunternehmen von der Zentralregierung an Kommunen ohne die nötige Finanzierung ist die Vermischung von behördlichem Auftrag und privatem Interesse. So betreibt der zuständige Gemeindemitarbeiter in Sangaredi parallel ein privates Unternehmen, mit dem er staatliche Aufträge ausführen kann, für die die Gemeinde selbst nicht die dafür nötigen Expert*innen oder/und nicht über die dafür nötige technische Ausstattung verfügt.¹⁸

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Guinea hatte 2021 rund 13,5 Millionen Einwohner*innen auf einer Fläche von 245.720 km², was 55 Einwohner*innen pro Quadratkilometer entspricht.¹⁹ 59 Prozent der Fläche wird für Landwirtschaft genutzt. 2019 waren 25 Prozent der Landflächen Wälder. Das Bruttoinlandsprodukt-pro-Kopf lag 2021 bei 1.230 US-Dollar. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt betrug 2020 61,2 Jahre für Männer und 62,5 Jahre für Frauen. Die Säuglingssterblichkeit bei Geburt lag 2020 bei 62 von 1.000. Der Bildungssektor ist nur schwach ausgestattet. In der Grundschule unterrichtete 2020 ein*e Lehrer*in im Durchschnitt 76 Kinder. In der Sekundarstufe waren es 2016 27 Schüler*innen.²⁰

Nach der Beurteilung des *United Nations Development Programme* (UNDP) gehört Guinea weltweit zu den ärmsten Staaten. Im Index menschlicher Entwicklung nimmt das Land Platz 182 von 191 ein.²¹ Im Index multidimensionaler Armut des UNDP steht Guinea auf Rang 7 von 110 Staaten.²² Trotz des boomenden industriellen Bergbaus leben 43,5 Prozent der Bevölkerung in schwerer Armut.²³ Es gibt allerdings ein großes Gefälle zwischen städtischem und ländlichem Raum.²⁴ Von den zehn Indikatoren der Messung von Armut sind die ländliche Bevölkerung zwischen drei und achtmal häufiger betroffen als die städtische.

Darüber hinaus klafft eine Kluft zwischen den reichen Rohstoffvorkommen und der großen Armut der Mehrheit der Bevölkerung. Trotz nationaler Fonds zur Umverteilung der Sektorgewinne über Steuereinnahmen und Unternehmensabgaben vor allem an die ländliche Bevölkerung, nimmt soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zu.²⁵ Das große Ausmaß von Armut im ländlichen Raum war bei der Recherche in der Gemeinde Sangaredi deutlich sichtbar.



Nach mehreren autoritären Regierungen wurde 2010 Alpha Condé als Präsident gewählt. Als er 2020 die Verfassung durch ein Referendum ändern ließ, um seine dritte Amtszeit zu ermöglichen, kam es zu Protesten der Bevölkerung. Seine Klientelpolitik und Ausschaltung von Oppositionellen mündete im September 2021 in einem Militärputsch. Das Militär verhaftete Staatspräsidenten Alpha Condé, setzte die Verfassung außer Kraft und übernahm die Regierung. Die aktuelle Militärregierung nennt sich *Comité National de Rassemblement pour le Développement* (CNRD). Sie verkündete, Misswirtschaft, Korruption und Armut bekämpfen zu wollen.²⁶

Recherchereisen in Guinea werden von den Behörden kontrolliert. Wer im Auftrag einer Organisation reist, muss eine schriftliche Bestätigung (*Ordre de mission*) darüber mitführen. Im Fall dieser Vorort-Recherche musste sie dem Bürgermeister von Sangaredi vorgelegt werden. Dieser hat mit seinem Stempel und seiner Unterschrift bestätigt, dass er keine Einwände dagegen hat. In jedem Dorf wollten die Dorf-Obersten (*Chéf des Secteur*) dieses Dokument sehen und haben es ebenfalls unterschrieben. Zum Abschluss der Recherche musste das Dokument erneut dem Bürgermeister präsentiert werden, so dass er prüfen konnte, ob das Recherche-Team der angekündigten Absicht der Reise gefolgt worden war. Die *Chéfs de Secteur* hatten dadurch Gewissheit, dass sie nichts Verbotenes taten. Der Bürgermeister konnte nachvollziehen, mit wem das Team gesprochen hatte.

Justiz

In der Verfassung aus dem Jahr 2010 war in Artikel 151 bestimmt, dass internationale Abkommen in die nationale Rechtsordnung aufgenommen werden sobald sie in Kraft sind, ohne dass sie dazu extra in nationales Recht überführt werden müssen.²⁷ Der CEDAW-Ausschuss stellte in seinen Empfehlungen 2014 jedoch mangelnde Umsetzung dieses Verfassungsartikels fest.²⁸

Dem entsprechend bieten rechtsstaatliche Institutionen der Bevölkerung wenig Schutz gegenüber der guineischen Regierung und Wirtschaftsunternehmen. Während der Recherche sagte ein Interviewpartner, dass es keine reale Gewaltenteilung gebe. Die Nichtregierungsorganisation *Advocats Sans Frontières France* stellt in einer Untersuchung über Menschenrechte und Bergbau in Guinea fest: „Wie bei anderen Grundrechtsverletzungen ist die guineische Justiz nicht in der Lage, ihre Rolle als Hüterin der Freiheiten angesichts der Versäumnisse des Staates und der Unternehmen des Sektors zu erfüllen, die den Grundsatz der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nur zögerlich umsetzen.“²⁹ Diese Beurteilung spiegelte sich in den Auskünften interviewter Dorfbewohner*innen wider.



II. Die menschenrechtliche Lage

Guinea hat acht der neun Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen ratifiziert, darunter bereits 1978 den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (UN-Sozialpakt) sowie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt). 1982 folgte der Internationale Pakt über die Abschaffung jeglicher Diskriminierungen von Frauen (UN-Frauenrechtspakt, engl. Abkürzung CEDAW).³⁰ Dennoch verletzt der Staat gemäß den jeweiligen UN-Menschenrechtsgremien viele dieser Rechte und seine damit korrespondierenden Pflichten grundlegend. Dies war auch während der Rechercheise unübersehbar.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

2019 hat die Regierung dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialausschuss) ihren ersten Staatenbericht vorgelegt.³¹ In seinen abschließenden Beobachtungen (Concluding Observations) begrüßt der Ausschuss u.a. die Überarbeitung des Bergbaugesetzes im Jahr 2013. Er drückte hingegen unter anderem seine Besorgnis aus über die Bedingungen für Menschenrechtsverteidiger*innen, fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption, mangelnde Bereitstellung von Ressourcen für den Gesundheits- und Bildungssektor trotz starkem Wirtschaftswachstum. Hinsichtlich des Bergbaus kritisiert der UN-Sozialausschuss die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung sowie Umsiedlungen ohne angemessene Entschädigungen, auch durch Bergbauunternehmen. Zur Erfüllung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung drückt er seine Besorgnis über die hohe Zahl von Menschen aus, die an Anämie und Nahrungsmittelunsicherheit leiden sowie über den unzureichenden Zugang zu Trinkwasser und Sanitäranlagen insbesondere im ländlichen Raum. Der aktuelle FAO-Bericht zu Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung beziffert den Anteil der Bevölkerung Guineas, der von moderater oder ernster Nahrungsmittelunsicherheit betroffen ist, für den Zeitraum 2020 – 2022 mit 73,1

Prozent.³² Er empfiehlt der Regierung Maßnahmen zur Behebung dieser Menschenrechtsverletzungen in Übereinstimmung mit der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbäuer*innen und anderen Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten (engl. Abk. UNDROP).³³ Missachtungen des Rechts auf Nahrung und der UNDROP durch die guineische Regierung waren während der Rechercheise deutlich sichtbar.

Recht auf Abschaffung von Frauendiskriminierungen

Guinea hat zuletzt 2014 dem UN-Ausschuss zur Abschaffung von Diskriminierungen gegen Frauen (engl. Abkürzung CEDAW) berichtet. Der Ausschuss hat in seinen Empfehlungen³⁴ einerseits begrüßt, dass 2010 die Gleichberechtigung der Geschlechter in die Verfassung verankert worden ist. Andererseits drückt er seine Besorgnis darüber aus, dass tief verwurzelte diskriminierende Geschlechterstereotypen und Praktiken fortbestehen, bis hin zu weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangs- und Kinderehen. Gewalt gegen Frauen sei gesellschaftlich weit verbreitet und werde nur selten strafrechtlich untersucht und geahndet. Auch guineische Frauenorganisationen legen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Schutz von Frauen gegen Gewalt.³⁵ CEDAW äußert sich ebenfalls besorgt

über die extreme Armut und Analphabetismus von Frauen im ländlichen Raum sowie deren begrenzten Zugang zu Land, Trinkwasser, Gesundheitsversorgung und Rechtsbeistand.

Gemäß der Weltbank werden Gleichbehandlung der Geschlechter und

Rechte von Frauen systematisch verletzt. Die medizinische Versorgung Schwangerer ist unzureichend. Sie haben weniger Mitsprachemöglichkeiten als Männer und werden sowohl als Arbeitnehmerinnen als auch als Geschäftsfrauen benachteiligt. In der Landwirtschaft sind sie weniger produktiv als Männer, was unter anderem an schlechteren Arbeitsmöglichkeiten und einem höheren Zeitaufwand für die arbeitsintensive Bewässerung liegt.³⁶³⁷

Bürgerliche und politische Rechte

Amnesty International dokumentiert in seinem Guinea-Bericht im Dezember 2020 für den Zeitraum vom 19. Oktober bis Anfang November im Zusammenhang mit der dritten Wiederwahl von Staatspräsident Alpha Condé willkürliche Verhaftungen, Folter, gewalttätige Übergriffe mit vielen Toten von Polizei und Militär.³⁸ Nach dem Putsch am 05. September 2021 hat die Militärregierung das nationale Menschenrechtsinstitut *l'Institution nationale indépendante des droits de l'Homme* (INIDH) aufgelöst.³⁹ Im Guinea-Länderbericht 2022 berichtet Amnesty International über Verletzungen der Meinungsfreiheit, des Versammlungsrechts, willkürlichen Verhaftungen und Morden bei Protestaktionen durch staatliche Sicherheitskräfte. Opfer sexueller Gewalt erhalten keine angemessene medizinische und psychologische Behandlung. Der Zugang zu Justiz wird ihnen verwehrt.⁴⁰



III. Landrechte in Guinea

Frauen in Neu-Hamdallaye



1992 hat der guineische Staat das erste Gesetz über privates und staatliches Land beschlossen, den *Code foncier et domanial* (CFD). Das Gesetz regelt vor allem die Vergabe von individuellen Landtiteln. Es bildete den Rahmen für Landfragen, erwies sich aber bald als unzureichend, um die zunehmenden Zahlen von Bergbauprojekten zu regeln. Der Staat treibt einseitig Bergbauprojekte voran, und nimmt dazu Landrechtsverletzungen der ländlichen Bevölkerung in Kauf.⁴¹ Diese betreibt zu 60 Prozent kleinbäuerliche Landwirtschaft und nutzt dafür 95 Prozent der Agrarflächen. Landnutzungsrechte sind kaum geregelt. Gemeinschaftliche Gewohnheitsrechte sind im CFD nicht anerkannt. Artikel 39 der CFD erkennt lediglich die Rechte derjenigen an, die Boden unter bestimmten Bedingungen produktiv nutzen. Aufgrund der Komplexität des Gesetzes ist es für große Teile der ländlichen Bevölkerung, die Analphabet*innen sind, schwer zu erfassen. Entsprechend verfügen nur wenige Familien über gesetzliche Landtitel. Traditionelle und formelle Rechte überlagern sich, weswegen es oft schwierig ist, Landkonflikte zu lösen. Gerichte und andere juristische Einrichtungen befinden sich meist weit entfernt, und die Verfahren sind kostspielig und langwierig. Dadurch haben ländliche Gemeinden faktisch keinen Zugang zum staatlichen Rechtssystem. Seit 2010 der Bergbausektor boomt, haben daher illegale Landenteignungen stark zugenommen.

Gemäß der Verfassung Guineas aus dem Jahr 2020 haben Frauen auch im Hinblick auf Landbesitz dieselben Rechte wie Männer.⁴² In der traditionellen Ordnung ländlicher Gemeinden besitzen dagegen ausschließlich Männer Land und dürfen Landangelegenheiten regeln. Frauen sind von Eigentum und Vererbung von Land ausgeschlossen. Sie dürfen Land nur nutzen. Das Nutzungsrecht kann ihnen im Einzelfall jederzeit entzogen werden. Auch hinsichtlich der Entschädigungen der CBG für die Inbesitznahme des Agrarlands der Dorfbewohner*innen berichteten viele Frauen, dass sie benachteiligt wurden oder sogar ganz leer ausgingen.

IV. Bergbau in Guinea

Guinea verfügt über reichhaltige Bodenschätze. 90 % seiner Exporte sind Bergbauprodukte, vor allem Gold, Diamanten, Eisenerz und Bauxit. 18 bis 22 % des Bruttoinlandsprodukts kommen aus dem Sektor, der laut des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein großes Wachstumspotenzial hat.⁴³ Guinea ist weltweit der größte Exporteur und der drittgrößte Produzent von Bauxit. Das Land verfügt darüber hinaus über die weltweit größten Bauxit-Vorkommen. In der Präfektur Boké, in der die Gemeinde Sangaredi liegt, wurde 2017 für den Abbau von Bodenschätzen eine Sonderwirtschaftszone eingerichtet, um attraktiver für ausländische Direktinvestitionen zu werden. Damit verbunden sind u.a. günstige Bedingungen für Landerwerb, Steuererleichterungen und Zugriff auf die reichhaltigen natürlichen Ressourcen der Region.⁴⁴

Der Anteil des gesamten Bergbausektors an den Staatseinnahmen lag 2021 bei 24,46 %. Der Anteil des Bauxitbergbaus an den staatlichen Einnahmen aus dem Bergbausektor betrug 2021 55,5 %.⁴⁵ Die Staatseinnahmen flossen in den Jahren 2018 bis 2020 durchschnittlich zu 87 % in den Haushalt des Nationalstaats und nur zu 0,22 an die Gemeinden.⁴⁶ Der Anteil an den gesamten Exporten Guineas betrug 2021 91,48 %, trug aber nur 6,7 % zum Arbeitsmarkt bei. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten lag nur bei 3,6 %.

Der Bauxitsektor ist monopolisiert. Die beiden größten Bergbaukonzerne des Sektors – *Société Minière de Boké* (SMB) und *Compagnie des Bauxites de Guinée* (CBG) – erwirtschaften 60 % der gesamten Bauxitproduktion des Landes, die 2020 87 Millionen Tonnen betrug.

Gemäß Artikel 3 des Bergbaugesetzes (Code Minier) gehören alle Ressourcen im Boden des Staatsgebiets dem Staat. Dazu gehören Mineralien, fossile Rohstoffe und Wasser. Guinea hat keine Raumordnung. Auf der staatlichen Katasterkarte sind die Bergbaukonzessionen dicht an dicht eingetragen, ohne Raum für landwirtschaftliche und Siedlungsflächen freizulassen.⁴⁷ Viele Dörfer sind dadurch gleichzeitig den Minen verschiedener Bergbauunternehmen und deren Zerstörung ihrer Ökosysteme und natürlichen Ressourcen ausgesetzt. Zwar sind die Bergbaukonzerne per Gesetz zu Partizipation der Gemeinden⁴⁸, Renaturierung⁴⁹ und Zahlung für lokale Entwicklung verpflichtet⁵⁰, doch deren Umsetzung kann mangels Kapazitäten von den Gemeinden kaum kontrolliert werden. Die Nationalregierung stellt ihnen zur Bewältigung dieser Aufgaben keine (ausreichenden) Mittel zur

Verfügung. In Sangaredi war dies offensichtlich.

Entsprechend stark ist die Bevölkerung durch den Bergbau beeinträchtigt, zumal der Staat auch den im Bergbaugesetz (2011) mit Änderungsgesetz von 2013 vorgesehenen Schutz der Gemeinden nicht gewährt. Dies betrifft zum Beispiel die Rechte auf Gesundheit und Ernährung der Bevölkerung sowie die Natur im Umfeld der Minen.⁵¹ Dabei ist Umweltschutz nach Einschätzung der NGO *Advocats sans Frontiers France* für die Entwicklung Guineas unerlässlich, da zu befürchten sei, dass allein der Bauxit-Bergbau bis zum Jahr 2040 mehr als 4.700 km² des natürlichen Lebensraums zerstören wird. Die



Fläche entspricht 1,8 mal der Fläche des Saarlands.⁵²

Damit die Gemeinden in den Abbaugebieten vom Sektor profitieren, hat die Regierung 2017 den *Fonds de Développement Economic Local* (FODEL) geschaffen⁵³. In ihn müssen die Bergbauunternehmen 0,5 % - 1,0 % ihres Umsatzes einzahlen⁵⁴. Die Gemeinden können frei über ihren Anteil verfügen, müssen dazu aber einen Verwaltungsausschuss einrichten.⁵⁵ Der FODEL selbst wird auf Ebene der Präfekturen der Bergbauregionen von dafür geschaffenen Ausschüssen verwaltet (*Comité d'Appui à la Gestion du FODEL*).⁵⁶ Die CBG ist aufgrund ihrer freiwilligen Zahlungen vor der Novelle

des Bergbaugesetzes 2011 allerdings von Zahlungen an den FODEL befreit (s.o.)

Damit die gesamte Bevölkerung Guineas von den Einnahmen des Bergbausektors profitiert, hat die Regierung 2017 den *Fonds National de Développement Local* (FNDL) aufgesetzt⁵⁷. In ihn leitet sie 15 % der Steuern der Bergbauunternehmen. Er wird von der *Agence Nationale de Financement des Collectivités* (ANAFIC) verwaltet.⁵⁸ FNDL und ANAFIC sollten ab 2019 vollständig einsatzfähig sein.⁵⁹ Wie im Abschnitt zur wirtschaftlich und sozialen Entwicklung angesprochen, sind die damit beschriebenen Ziele bisher nicht erreicht worden. Armut im ländlichen Raum hat sich in den letzten Dekaden kaum verringert. Die guineische Sektion der NGO *Publish What You Pay* weist als Gründe für die anhaltende Armut darauf hin, dass es Klagen über Korruption, mangelnde Funktion des Systems, Umweltzerstörung, Landvertreibungen und andere Menschenrechtsverletzungen multinationaler Bergbaukonzerne gebe. Darüber hinaus sei eine zentrale Ursache die massive Diskriminierung von Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft.⁶⁰ Auch bei der Vor-Ort-Recherche haben Frauen ihre Diskriminierungen beklagt.

Nachdem Indonesien 2014 Bauxit-Exporte verboten hatte, hat China seine Bauxitversorgung nach Guinea verlagert.⁶¹ Die im chinesischen Eigentum stehende *Société Minière de Boké* (SMB) hat inzwischen die CBG als weltgrößtes Bauxitunternehmen abgelöst. Die Dimension, in denen SMB Bauxit abbaut, erfordert neue Logistik. Das von der SMB geförderte Bauxit wird von Flussschiffen mit einer Beladungskapazität von 8000 – 10 000 Tonnen (t) auf riesige Schiffe auf See verladen, die mit bis zu 300 000 t beladen werden können und damit zu groß für guineische Häfen sind.⁶² Aus Sangaredi wird das meiste Bauxit immer noch per Lastkraftwagen und Zug abtransportiert.

Kritische öffentliche Berichterstattung über negative Auswirkungen des industriellen Bergbaus kann laut *Advocats sans Frontiers France* für die Akteure gefährlich sein. Wie bereits allgemein dargestellt, fühlen sich Einzelpersonen durch das Justizsystem nicht ausreichend geschützt, um gegen die mächtigen Bergbaukonzerne zu klagen.⁶³ Guinea hat keine auf Bergbau spezialisierte Gerichtsbarkeit. Juristische Klagen gegen Rechtsverletzungen durch Bergbauunternehmen werden von Handelsgerichten bearbeitet. Sie befassen sich laut *Advocats sans Frontiers France* nicht mit Forderungen nach Entschädigungen für Rechtsverletzungen durch die Bergbauindustrie.⁶⁴



Der Staub der Minenstraße wird mit Wasser gebunden

V. Die Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG)

Die CBG gehört zu 49 % dem guineischen Staat, zu 51 % dem Unternehmen Harvey Aluminium Consortium (Halco) Mining Inc. Halco ist ein Unternehmenskonsortium der multinationalen Bergbaukonzerne Rio Tinto, Alcoa mit je 45 % und Dadco mit 10 % der Anteile. Sie hat ihren Umsatz von 2017 bis 2022 von 412 Mio. USD auf 675 Mio. USD gesteigert. Im selben Zeitraum hat sich ihr Gewinn vor Steuerabzug von 133 Mio. USD auf 217 Mio. USD erhöht.⁶⁵ 2020 hat die CBG Steuern in Höhe von insgesamt 587 767 421 022 GNF (67 Mio. USD) und Pflichtbeiträge für lokale Entwicklungsfonds in Höhe von 556 241 600 GNF (64 Mio. USD) gezahlt. Darüber hinaus hat sie im selben Jahr freiwillige Beiträge für lokale Entwicklung in Höhe von 15 340 661 834 GNF (1 Mio. USD) geleistet, als deren Empfänger sie ausschließlich Unternehmen angegeben hat.⁶⁶

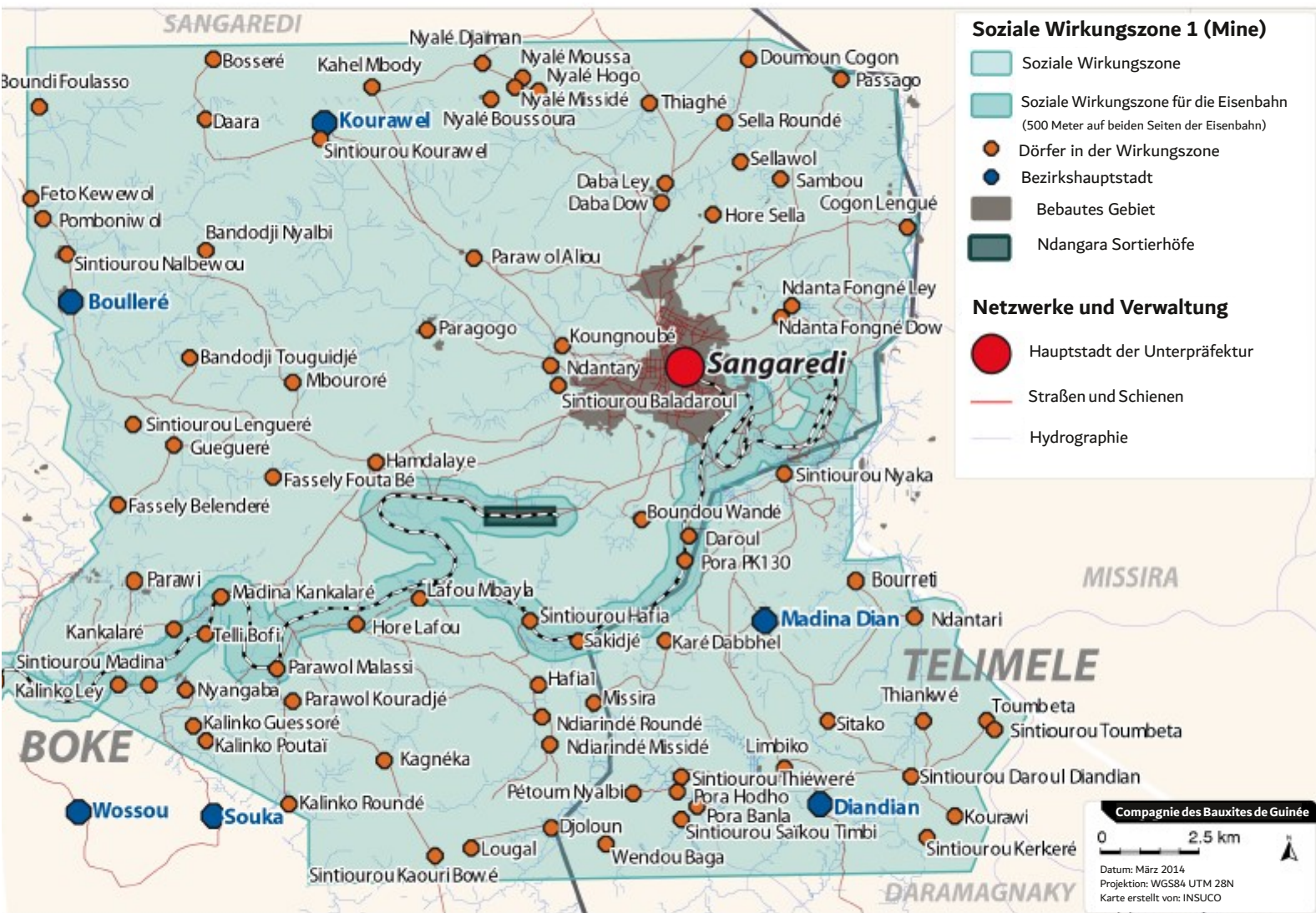
Die CBG ist 1963 gegründet worden und seit 1973 im guineischen Bergbau aktiv. Sie verfügt über zwei Konzessionen für den Bauxitabbau. Die erste wird aktiv ausgebeutet und beläuft sich auf 579 Km² im Nordwesten Guineas in der Nähe der Stadt Sangaredi, südwestlich des Kogon Flusses. Der Konzern stellt nach Angaben der Weltbank-Tochter IFC die größte Einnahmequelle der guineischen Regierung dar und ist das größte Wirtschaftsunternehmen im Land. Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) stuft ihn inzwischen nur noch als zweitgrößten Produzenten und Exporteur von Bauxit in Guinea ein.⁶⁷ Die Bauxitmine in Sangaredi trägt 16 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei sowie 17 Prozent zu den Steuereinnahmen des Bergbausektors Guineas (Angaben für 2020).⁶⁸ 2021 hat sie 2.235 Männer – keine Frau – beschäftigt, von denen 99,15 % Guineer waren.

Die Mine erhöht seit 2016 mithilfe von internationalen Geldgebern schrittweise ihre

Produktion. In Phase 1 soll die Produktion von 13,5 Millionen Tonnen pro Jahr bis 2017 auf 22,5 Millionen Tonnen erhöht werden. In dieser Phase soll die Finanzierung durch externe Geldgeber beginnen. In Phase 2 soll die Produktion bis 2022 auf 27,5 Millionen Tonnen/Jahr erhöht werden. Dazu gehört auch der Ausbau der Eisenbahntrasse von der Mine bis zur guineischen Hafenstadt Kamsar.⁶⁹ Zu den Kreditgebern gehören die IFC und die Ing-Diba AG sowie weitere vier öffentliche und private Banken. Die IFC schätzt, dass der guineische Staat durch die geplante Steigerung der Produktivität der Mine Steuereinnahmen in Höhe von 140 Millionen US-Dollar jährlich generieren wird. Diese könnten durch Unternehmenssteuern, Quellensteuern, Zölle und Einfuhrsteuern erzielt werden.⁷⁰

Gemäß der **Karte des guineischen Katasteramts** hat das Gebiet der Konzession I der CBG eine Fläche von 578,55 km² und gilt vom 23.06.1964 – 22.06.2039. Konzession II erstreckt sich über eine Fläche von 2.410 km² und gilt von 22.11.2005 – 21.11.2040.⁷¹ Sie liegt nördlich des Kogon Flusses. Bis 2027 soll nur in der kleineren Konzession abgebaut werden, die südwestlich des Flusses Kogon liegt.⁷² Bevor mit der Produktionssteigerung begonnen werden durfte, wurde 2014 eine Studie zu den Umwelt- und Sozialfolgen vom kanadischen Unternehmen EEM Gestion *Durable* erstellt.⁷³ In dieser Studie ist bereits erwähnt, dass die CBG das Bauxit regelmäßig mit Sprengungen abbauen will, was später gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung im Einzugsgebiet der Mine hat.⁷⁴ In der Studie wird als Alternative zu den Sprengungen der Einsatz von großen Fräsen (Surface Miners) empfohlen, mit dem das Bauxit aus dem Boden extrahiert sowie direkt zerkleinert und verladen werden kann.⁷⁵ Bei der Recherche war ein Surface Miner auf dem Minengelände zu sehen. Nach Aussagen von Dorfbewohner*innen nutzt die CBG diese Methode nur zum Abbau von Bauxit in unmittelbarer Nähe zu Dörfern, und das auch nicht durchgehend. Ansonsten sei der Abbau per Sprengung die Regel.

Wie alle Bergbauunternehmen in Guinea ist die CBG gesetzlich verpflichtet, für Umsiedlungen wie die des Dorfes Hamdallaye einen Maßnahmenplan zu erstellen (*Plan d'Action de Réinstallation et de Compensation - PARC*), in dem die Strategie für die Umsiedlung und die



Quelle: EEM CBG Mine Expansion Project ESIA: Chapter 7 - Social Impact Assessment

Die Sangaredi-Mine ist mit brauner Farbe eingzeichnet

Entschädigung der Betroffenen dargestellt wird. Den hat das Unternehmen nach eigenen Aussagen im Fall von Hamdallaye erfolgreich umgesetzt, hat ihn aber nicht veröffentlicht.⁷⁶

Die CBG ist von der gesetzlichen Verpflichtung für Bergbauunternehmen ausgenommen worden, 0,5 Prozent seines Umsatzes in den staatlichen *Fonds de Développement Économique Local* (FODEL) einzuzahlen (s.o.).⁷⁷ Nach Aussage des Bürgermeisters von Sangaredi zahle die CBG stattdessen 2,5 Mio USD an zehn umliegenden Gemeinden. Dieser Betrag ist also deutlich niedriger als der, den sie gemäß der Regelung zum FODEL zahlen müssten. Nach Aussage verschiedener Interviewpartner*innen unterstütze die CBG mit

diesem Geld nur nach eigenem Gutdünken konkrete Projekte der Gemeinde Sangaredi und behalte Mittel ein, wenn keine guten Projekte kämen. Die CBG zahle nur die vorgeschriebenen 15 % des Umsatzes in den FNDL.

Interviewte wiesen darauf hin, dass sie sich mehrfach bei der Regierung in Conakry über diese Ausnahme der CBG beschwert hätten. Diese habe aber darauf nicht reagiert, weil die CBG ein mächtiges Unternehmen sei.

Im offiziellen Bericht des Symposium *Mines Guinée* vom 15.-17. November 2022 in Conakry wird der Bericht des Managing Director der CBG, Souleymane Traore, zum Engagement des Unternehmens in der Region wie folgt dargestellt⁷⁸ :

» Fast 49 % der Aktien des Unternehmens sind im Besitz des guineischen Staats; 65 % der Nettoeinnahmen werden an die guineische Regierung abgeführt. Der Generaldirektor ist seit 2009 Guineer; mehr als 90 % der Beschäftigten und des Komitees der Direktion sind Guineer. Hinsichtlich des lokalen Einbezugs sagt er, dass die CBG etwa 2.300 Arbeiter*innen und mehr als 3.000 Subunternehmer beschäftige. Er berichtete, dass in den letzten Jahrzehnten mehr als 60 Millionen US-Dollar in die soziale Grundversorgung investiert wurden. In den letzten Jahren wurden 2,5 Millionen US-Dollar in lokale Gemeinschaften investiert (Programm zur Unterstützung von einkommensschaffenden Maßnahmen). Seit 2017 wurden Verträge im Wert von ca. 140 Millionen US-Dollar an guineische Unternehmen vergeben. In Bezug auf den Umweltschutz sagte er, dass die CBG freiwillig die weltweit höchsten ökologischen und sozialen Leistungsstandards, insbesondere die der IFC, unterschrieben habe. Seit 2017 hat die CBG auf konkrete Weise mehr als 1000 Hektar Fläche rehabilitiert. «

20 Bewohner*innen der betroffenen Dörfer beurteilen die CBG dagegen ausschließlich negativ. Das Unternehmen habe zwar formell einen Beschwerdemechanismus, der dauere aber entweder zu lang, oder Beschwerden würden jedes Mal abgewiesen. Die Bewohner*innen des Dorfes Horé Lafou werfen der CBG darüber hinaus vor, versucht zu haben, einen ihrer beiden Vertreter bei der Mediation durch die Ombudsstelle der IFC zu bestechen. Die CBG gebe sich nur entgegenkommend und würde Dorfbewohner*innen Arbeitsstellen anbieten, wenn Betroffene öffentliche Proteste ankündigen würden. Sobald sich die Lage wieder beruhigt habe, würden die Arbeiter*innen wieder entlassen. Die negativen Erfahrungen, die sie mit der CBG machen, fasste ein Mann so zusammen: „Die CBG ist wie ein rundum verdorbenes Essen.“ Ein anderer sagte: „Mit der Zerstörung unserer Straßen, haben sie uns die Beine gebrochen. Mit

dem Abholzen der Wälder haben sie uns die Arme gebrochen. Indem sie die Wildtiere verjagt haben, haben sie uns blind gemacht.“ Ein weiterer Betroffener sagte eindrücklich: „Die CBG verletzt unsere Rechte, wir haben keine Macht. Bitte informiert die Regierung, damit sie die CBG auffordert, unsere Rechte zu respektieren.“

Im Januar 2024 ist die CBG von der *Aluminium Stewardship Initiative* (ASI) bis Dezember 2024 zertifiziert worden.⁷⁹ Die drei NGOs, die zusammen mit den 13 Dörfern die Beschwerde beim CAO-Ombudsman eingereicht haben, werfen ASI vor, Menschenrechtsverletzungen zu ignorieren und bezeichnen die Zertifizierung als Greenwashing.⁸⁰

Ein Bewohner von Hamdallaye kommentierte die Zertifizierung:

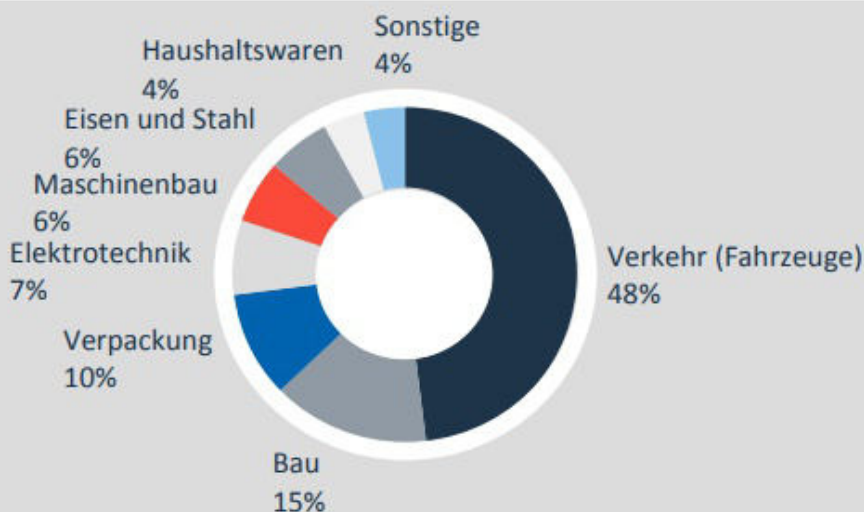
» Wenn man die spezifischen Fälle der Stadt Sangaredi (die betroffenen Gemeinden) und Hamdallaye betrachtet, kann man sagen, dass die CBG die Zertifizierung nicht verdient hat, da die sozialen Projekte zugunsten der Gemeinden nicht erfolgreich waren. Die Klage der 13 Dörfer zeigt dies. «⁸¹

Verbindung Deutschlands mit der CBG

Deutschland ist auf mehreren Ebenen mit der CBG verbunden. Die deutsche Bank ING DiBa hat der CBG für die Erhöhung der Produktion den größten Einzelkredit in Höhe von 248 Millionen Euro gegeben. Die Bundesregierung hat diesen Kredit im Rahmen ihrer Außenwirtschaftsförderung mit einer Ungebundenen Finanzkredit-Garantie (UFK) versichert. UFK-Garantien dienen der Rohstoffsicherung für die deutsche Industrie. Mit dieser Garantie ist die Auflage verbunden, dass 15 % des abgebauten Bauxits nach Deutschland exportiert werden. So soll der Aluminium-Bedarf der deutschen Industrie gesichert werden. Nach Aussage der Bundesregierung und der Wirtschaftsvereinigung Metalle wird das Bauxit vor allem von den Autokonzernen⁸⁴, dem Bauwesen, für Elektronik/Technologie sowie die Verpackungsindustrie benötigt⁸⁵.

In ihrer Antwort von 15. Februar 2021 auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Grüne zur Sangaredi-Mine schreibt die Bundesregierung, dass die Minengesellschaft 2012 einen langfristigen Liefervertrag mit dem Unternehmen Dadco Alumina and Chemicals Ltd. über die Lieferung von 2,92 Millionen Tonnen Bauxit pro Jahr abgeschlossen hat. Davon stelle Dadco seiner eigenen Verarbeitungsgesellschaft Aluminium Oxid Stade GmbH mindestens 2,3 Millionen Tonnen jährlich zur Verfügung. Der Vertrag hierüber habe eine Laufzeit von 15 Jahren. Im Bericht über die deutsche Rohstoffsituation 2019 schreibt die Deutsche Rohstoffagentur, dass Deutschland 2019 2,5 Millionen Tonnen Bauxit importiert hat. Die Importe kamen zu 93,1 % aus Guinea.⁸⁷ Die Importe aus Guinea müssen demnach aus der CBG-Mine in Sangaredi gekommen sein. In den Jahren 2020 und 2021 hat Deutschland 3,4 Millionen Tonnen bzw. 2,0 Millionen Tonnen Bauxit aus Guinea importiert.⁸⁸ Der Anteil des Bauxits der Sangaredi-Mine an den Gesamtimporten variiert, liegt aber in allen Jahren deutlich über 60 %, häufig sogar über 90 %, dies in der neueren Zeit durchgehend.

Aluminium



Der Bauxitabbau

Die Landschaft in der Region Sangaredi ist hügelig. Das Bauxit liegt auf den Hochplateaus dicht unter der Oberfläche (0,5 bis über 5 Meter tief). Man kann es anhand der rötlichen großen Steine auf der Oberfläche erkennen. Wächst auf solchen bauxitführenden Plateaus nur Gras, wird dies vor Ort auf Fulbe „Bowal“ genannt. Gibt es mehr Erde und es wachsen auch Trockenwälder, dann heißen solch bewachsene Flächen auf Fulbe „Donghol“. In den Plateaus verlaufen Wasseradern, die vor allem an den abfallenden Rändern als Quellen an die Oberfläche treten. Die Grasflächen des Bowal werden als Weiden für die Tiere genutzt. Die

Quellen sind wichtig als Trinkwasser. In den Trockenwäldern der Donghols werden vor allem Baumfrüchte und Feuerholz gesammelt. Zwischen den Bowes mit ihren Donghols liegen Täler, die mit Flüssen durchzogen und feucht sind. Diese Täler werden vor Ort „N’dantari“ genannt. In den Tälern gibt es viele Flüsse und Feuchtwälder. Sie sind sehr fruchtbar und machen es möglich, mehrmals im Jahr zu ernten. Vor allem Frauen bauen dort Nahrungsmittel an. In den Flüssen schwimmen viele Speisefische, die traditionell gefangen und sowohl frisch als auch



Quelle: WWF (eigene Bearbeitung)

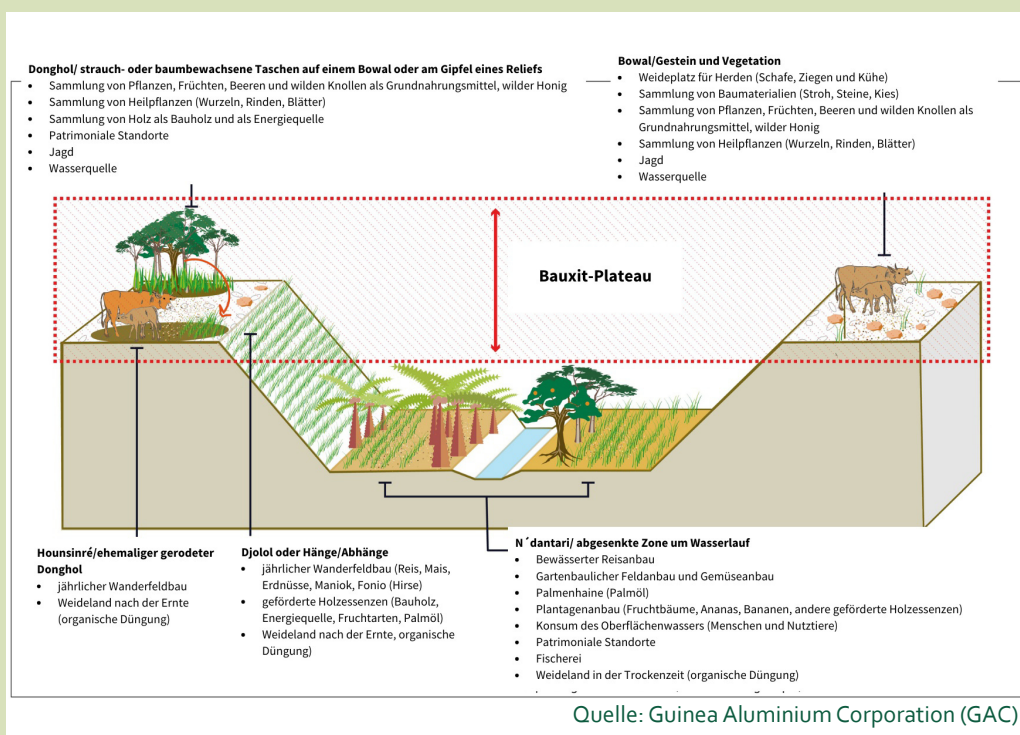


getrocknet gegessen werden. Die Hänge von den (mit Gras oder Trockenwäldern bewachsenen) Plateaus zu den feuchten, fruchtbaren Tälern heißen auf Fulbe „Djolol“. Sie werden zum Anbau jährlich wechselnder Pflanzenarten mit Brachezeiten genutzt.

Für den Bauxitabbau im Bowal werden die oberen Erdschichten abgetragen. Gute Praxis ist dabei, in einem ersten Durchgang die oberste Bodenschicht (Humus) vor allem der Plateaus (Donghols) nach Abholzung der Trockenwälder zu trennen und dann getrennt zu lagern, getrennt vor allem von der darunterliegenden steinigen Bodenschicht, die nur wenig Bauxit enthält. Die humushaltige Erde kann nach dem Abbau des Bauxits bei der Renaturierung der Mine wieder als oberste Schicht aufgetragen werden. Dadurch erreicht man die größte Möglichkeit, dass der Boden wieder als Agrarland genutzt werden kann. Gute Praxis ist ebenfalls, den Wasserfußabdruck des Bergbauunternehmens möglichst klein zu halten und es zu vermeiden, in Wasserkonkurrenz zu anderen Nutzer*innen zu treten. Das heißt für die Sangaredi-Mine, Wasseradern nicht umzuleiten oder gar zu durchtrennen. Gute Praxis geht vor allem mit Trinkwasserquellen äußerst vorsichtig um, sprengt diese nie und verhindert auch indirekte Auswirkungen. So kann der ökologische Wasserhaushalt durch das Abholzen des Trockenwaldes geschädigt werden und kann zur Austrocknung von Wasseradern und dem Absinken des Grundwassers führen.

Rohbauxit enthält in der Regel Silicium, dessen Staub die Atemwege schädigen kann. Im Juli 2023 hat die EU Bauxit und Aluminium in die Liste der strategisch wichtigen Rohstoffe (strategic critical raw material) aufgenommen.⁸² Eine weitere Zunahme des Bauxitabbaus in Guinea ist wahrscheinlich, denn verschiedene Marktforscher prognostizieren einen Boom der Bauxitindustrie bis zum Jahr 2030.⁸³

Geologische Formation der Bauxitregion und ihrer landwirtschaftlichen Nutzung bei Sangaredi



Die Bauxitschichten liegen in den Plateaus

VI. Die Ergebnisse der Vorort Recherche

FIAN-Vertreterinnen haben während ihrer Recherche in Sangaredi zehn Dörfer besucht und mit deren Bewohner*innen gesprochen. Von den zehn Dörfern waren neun unmittelbar von der CBG-Mine betroffen: Hamdallaye, Fassaly Foutabhé, Bouroré, Parawi, Parawol, Horé Lafou, N'danta Fogné, Kogon Lengué, Paragögö. Das Dorf Guéguéré liegt im Gebiet der Konzession, die Mine war aber noch nicht bis zu ihm vorgedrungen. Gemäß den Bewohner*innen hatte die CBG aber bereits angekündigt, dass sie auch dort Bauxit abbauen werde. Die reichhaltige Natur im Gebiet der Konzession ist einerseits geprägt von höher gelegenen bauxithaltigen Flächen mit Grasbewuchs (Bowal) und Trockenwäldern (Donghol), in denen unterirdische Wasseradern verlaufen und als Quellen an die Oberfläche treten. Dazwischen liegen Täler mit Feuchtwäldern und vielen fischreichen Flüssen, in deren Uferzonen vor allem Frauen ihre Gärten bewirtschaften. Die Hänge heißen Djolol und werden ebenfalls bewirtschaftet.

In allen besuchten Dörfern schilderten die Bewohner*innen das gleiche rücksichtslose Vorgehen der CBG und dessen Folgen für Menschen, Tiere und Umwelt.



Abraum der Bauxitmine der CBG

Zugang zu angemessener Nahrung

Die Vereinnahmung großer Teile des Agrarlands der Dörfer durch die Sangaredi-Mine beeinträchtigt deren Möglichkeiten, sich selbst ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Denn alle Familien bauen ihre Lebensmittel überwiegend selbst an. So beanspruche die CBG-Mine den größten Teil der Landfläche des Dorfes Fassali Fourthabé. Vor allem Frauen bauten an den Flussläufen Gemüse an und sammelten in den Feuchtwäldern Früchte und Heilkräuter. Süßwasserfische aus den Flüssen gehörten ebenfalls zur üblichen Nahrung. Durch das Abbagern



Palmen tragen keine Früchte mehr

Frucht	Vor dem Bauxit-Abbau	Jetzt
Tomaten	Von den wöchentliche Ernten im Garten konnten sie 6 – 9 Säcke Tomaten zum Markt schicken.	Obwohl sie lokalen Dünger einsetzen, reicht die Tomatenernte nicht, um auf dem Markt zu verkaufen.
Orangen	3 - 4 Säcke Ernten	Weniger als 1 Sack Ernte
Ölpalmen	300 - 500 Stauden pro Woche Ernte	Weniger als 100 Stauden pro Woche Ernte
		Ananas, Bananen bringen keine Ernte mehr
		Nur noch geringe Mango Ernten

Frauen Berichten über geringe Ernten seit dem Bauxitabbau

der Plateaus mit Weideland sei Viehhaltung kaum noch möglich. Durch die Rodung von Trockenwäldern finden Frauen kaum noch Feuerholz zum Kochen. Auch der Anbau von Reis und anderen Getreiden an Hanglagen wird durch die massiven Eingriffe in die Natur erschwert. Die Frauen aus Neu-Hamdallaye berichteten, dass die CBG ihnen sogar auf dem noch nicht gerodeten Minengelände verboten habe, Feuerholz zu sammeln.

Als weitere Ursache dafür, dass sie sich nicht mehr ausreichend ernähren können, führen die Dorfbewohner*innen den Staub an, der durch die

Mine verursacht wird. Er lege sich auf alle Pflanzen und beeinträchtigt dadurch ihre Bestäubung und Fruchtbarkeit. Die Bewohner*innen von Bouroré gaben an, dass Mandarinen-, Orangen- und Cashewbäume sowie Ananaspalmen kaum mehr Früchte tragen. Auch die Ernte der Knollenfrucht Cassava sei deutlich zurückgegangen. Die CBG habe auf ihre Beschwerden bisher nicht reagiert, sondern behaupte, dass der Staub in Bouroré selbst verursacht werde.

In einigen Dörfern haben Frauen konkret benannt, wie sich die Ernten einiger Früchte und Gemüse auch in den feuchten und eigentlich fruchtbaren Tälern verringert haben:

Auch Nutztiere erkrankten und stürben seit dem Beginn der Minenaktivitäten häufiger. Sie führen dies darauf zurück, dass der Staub der Sprengungen das Oberflächenwasser verschmutzt, das die Tiere trinken.

Einige Dörfer berichteten, dass die CBG den Familien zum Ausgleich Nahrungsmittelhilfe geleistet habe. In Neu-Hamdallaye und Fassaly Fouthabé sei dies als Entschädigung für gescheiterte Einkommen schaffende Maßnahmen erfolgt. Alle Lebensmittelhilfen seien nur einmal pro Familie und in sehr geringen Mengen geleistet worden:

Hamdallaye

1 Sack Reis
5 Liter Erdnussöl
5 kg Zucker

Ein Sack Reis reiche aber nicht einmal für zwei Wochen aus

Lebensmittelhilfe der CBG an drei Dörfer

Parawi

4 Säcke Reis
1 Sack Zucker
2 Säcke Tomaten
20 Liter Öl

Fassali Foutabhé

habe zweimal Nahrungsmittel erhalten in Form von:

1 Sack Reis
5 L Öl
5 kg Zucker

Darüber hinaus verlieren die Menschen durch den Rückgang von Fischen in Gewässern einen wichtigen Eiweißlieferanten für ihre Ernährung.

Viele Familien sind jetzt auf die Einkünfte weniger Familienmitglieder angewiesen. Die Bewohner*innen von Fassali Foutabhé berichteten, dass nur zwei Söhne des Dorfes bei der Mine oder einem Subunternehmer angestellt seien und ihren Lohn mit ihren Familien teilen.

Auch Bewohner*innen anderer Dörfer drückten ihren Unmut darüber aus, dass die CBG ihnen keine Arbeit gebe, obwohl sie ihr Land in Besitz genommen habe. So könnten die Jungen die Alten nicht mehr ernähren. Um sich zu ernähren, handeln Frauen mit Waren, die sie zuvor auf Märkten kaufen. Die Männer arbeiten im Wachdienst der Mine oder fällen Bäume für den Verkauf. In anderen Dörfern wurde berichtet, dass sie aus der Not heraus Holzkohle zum Verkauf herstellen, dafür aber kriminalisiert werden, weil es formal verboten sei.

Die Menschen in Neu-Hamdallaye beschwerten sich darüber, dass die CBG trotz anderer Absprache drei für sie zur Ernährung wichtige und daher zu schützende unberührbare Areale beschädigt habe.

Eines gehöre schon immer zu Hamdallaye. Unter der Oberfläche verlaufe eine Wasserader. Ein zweites Areal, ein hanglagiges Djojol Gebiet namens Demouroudji sei wichtig für ihren Reisanbau, aber durch die Trockenheit zerstört worden. Das Areal sei von Gleisen und Erdstraßen der CBG umgeben, wodurch es sehr staubig sei. 2015 habe es ein Abkommen mit der CBG



Mariam Bah in Neu-Hamdallaye

gegeben, in und direkt um dieses Gebiets kein Bauxit abzubauen. Dennoch würde die CBG es nach und nach in Besitz nehmen und sei 2018 sogar nachts vorgerückt. Ein drittes geschütztes Gebiet sei ein Wald. Er sei bisher von der CBG nicht berührt worden. Weil Neu-Hamdallaye weit weg von ihm liege, könnten ihn auch andere Dörfer nutzen. Ein viertes Gebiet Fassaliwol bei Fassali Foutabhé sei nicht mehr nutzbar, weil es zu diesem zehn km entfernt liegendem Gebiet keinen Straßenzugang mehr gebe. Es sei komplett von Minen umgeben. Wasserläufe seien für dieses Gebiet komplett zerstört. Es liege neben einer offenen Bauxit-Vorratshalde und werde nur noch von der CBG angefahren. Für das Gebiet der Vorratshalde selbst seien 21 Personen 2021 mit Ersatzland entsprechend der Größe ihres enteigneten Lands entschädigt worden, insgesamt 56 ha, die direkt an der Stadtgrenze von Sangaredi liegen. Dieses Land stehe allerdings zum Teil unter Wasser und müsse noch gefüllt werden, damit die Grundstücksgrenzen sichtbar würden. Die CBG versuche nach Aussagen eines der Begünstigten, die Grundstücke formal registrieren zu lassen.



Ein Bauxit-Zug fährt sehr nah und ohne Schutz für die Dorfbewohner*innen am Dorf Parawol vorbei

Das neue Dorf Hamdallaye wurde zudem auf eine Abraumhalde umgesiedelt, deren Boden unfruchtbar ist. Anderen Dörfern hat das Unternehmen die Ausdehnung der Mine auf ihr Agrarland und ihre Wälder angekündigt. Sie befürchten nun die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage.

Auf die Frage, ob sie sich den Ankündigungen der CBG, bestimmte Gebiete für die Mine zu nutzen, formal widersetzen könnten, erklärte ein Interviewpartner, dass sie dann die Behörden um Unterstützung bitten könnten. Die würden ihnen aber immer sagen, dass die CBG das Land benötige und sie zustimmen müssen. Hamdallaye konnte allerdings aus zwei Alternativen wählen, und die Männer aus Hamdallaye haben sich für das Abraumgebiet entschieden, welches ursprünglich zu Hamdallaye gehörte. Die Frauen sagten auf die Frage nach ihrer Präferenz, dass sie ihren Männern folgen würden.



27



Frauen in Neu-Hamdallaye



Verschmutzter Fluss bei Fassali Foutabhé



Ein ausgetrockneter Fluss bei Fassali-Foutabhé

Zugang zu sauberem und sicherem Wasser

Die Mine hat die – nach Aussagen der Dorfbewohner*innen – bis dahin weitgehend sichere Wasserversorgung der Dörfer in ihrem Einzugsgebiet zerstört. Ohne Rücksicht werden Quellen weggesprengt, Oberflächengewässer sind verschmutzt, Flüsse trocknen durch die Ablagerung von Sedimenten aus und seien zeitweise auch durch Benzin

und Öl verschmutzt. Mit dem Ausbau der Eisenbahntrasse werden unterirdische Wasseradern durchtrennt und in tote Becken ohne Nutzung geführt während die Quellen versiegen. Für den Bau von Straßen, einem Bauxitlager und einer Eisenbahntrasse pumpe die CBG Wasser aus einem Fluss bei Horé Lafou ab, welches das Dorf benötigt. Auch die Mitarbeiterin einer NGO bestätigte, dass das Quellwasser besser (gewesen) sei als das Wasser aus den Pumpen.

Die Betroffenen verlieren dadurch ihren Zugang zu sicherem Wasser, das sie vorher für verschiedene Zwecke genutzt haben: zur Körperpflege, Wäschewaschen, Spülen und anderen Aufgaben im Haushalt sowie zum Bewässern ihrer Gärten. Zudem erfüllen Fließgewässer auch soziale und gesundheitliche Funktionen als Treffpunkte für private Gespräche und um sich auszuruhen. Darüber hinaus trinkt daraus das Vieh, das in der Regel frei herumläuft.

Die CBG installiert zwar Wasserpumpen, um die Versorgung der Dörfer mit Trinkwasser zu gewährleisten. Doch das Wasser erweist sich in den meisten Dörfern als zu eisenhaltig, teilweise auch rötlich gefärbt und soll daher nicht getrunken werden. Eisenfilter seien nicht funktionsfähig sagten Einwohner*innen in Fassali Foutabé. Manchmal würden sie es aus Mangel an sauberem Wasser dennoch trinken. Viele Pumpen funktionieren nicht mehr. Dies führt zu größeren

Belastungen vor allem von Frauen, die dort traditionell für die Wasserversorgung der Familien zuständig sind. „Ein Bohrloch ersetzt keinen Fluss“, stellten mehrere Frauen klar. „Der Fluss erfüllt für uns viel mehr Funktionen als nur die Versorgung mit Trinkwasser.“ „Ein gutes Leben ist verbunden mit sicherem Wasser. Wir nutzen Wasser zum Trinken, zur Bewässerung und zum Waschen. Und der Fluss ist der Ort, wo wir uns ausruhen und private Angelegenheiten besprechen“, fasste es eine Bewohnerin von Parawi zusammen. Darüber hinaus sei die Bedienung der manuellen Wasserpumpen für die Frauen zu anstrengend, um auch das Vieh ausreichend mit Wasser zu versorgen. Das Vieh könne die Pumpen nicht selbst bedienen. Durch die Zerstörung der Flüsse sterbe ihr Vieh. In einem Dorf war die Viehpumpe so nachlässig gebaut, dass der Boden der Tränke fehlte.

In der Regenzeit nutzen einige Familien private Brunnen auf ihrem Gelände. Andere Familien fangen Regenwasser auf. In der Trockenzeit mieten die Bewohner*innen ein Moped mit Fahrer, der ihnen aus Sangaredi oder aus einem Nachbardorf Mineralwasser besorge. Der Preis für einen mit Wasser gefüllten 20-Liter-Kanister aus Sangaredi betrage 5.000 GNF (ca. 0,5 €) inklusive Transport. Der Preis für einen Kanister aus dem Nachbardorf Thiapikouré betrage 2.000 GNF (ca. 0,2 €) inklusive Transport. In Fassali Foutabhé sei die erste Wasserpumpe vom Bergbaukonzern ALCOA angelegt worden. Bevor die CBG mit den Sprengungen bis zu 500 Metern an das Dorf heranrückte, sei die Wasserqualität der Wasserpumpe gut gewesen. Jetzt würden die Frauen Wasser aus Nachbardörfern holen, was mit diesen auch zu Konflikten führe.



Die CBG speichert sauberes Wasser nur für die Wohnungen ihrer Mitarbeiter



Von ALCOA installierte Wasserpumpe in Fassaly

In der Nähe des Dorfes N'Danta Fogné lasse die CBG die Abwässer ihrer Arbeitersiedlungen in Sangaredi ungeklärt in den Fluss N'Dounsiwol ab, aus dem das Dorf sich zuvor mit Wasser versorgt habe. Entgegen ihrer Ankündigungen kläre sie das Schmutzwasser nicht. Vom ebenfalls in der Nähe des Dorfes fließenden Kogon leite die CBG sauberes Wasser in Wassertürme ab, um damit ihre

Arbeitersiedlung zu versorgen. Unterhalb der Wassertürme fließen der Kogonwol und der N'Dounsiwol zusammen, so dass auch die Dörfer flussabwärts nur noch auf verschmutztes Wasser zugreifen könnten. Die Bewohner*innen von N'danta Fogné haben die CBG darum gebeten, von den Wasserspeichern auch eine Leitung in ihr Dorf zu legen. Dem sei die CBG aber bisher nicht gefolgt. Dem Dorf bleibe dadurch nur der Zugang zum verschmutzten Wasser des Donsi.

Zugang zu angemessenem Wohnraum

Der rücksichtslose Bauxitabbau der CBG hat auch Folgen für die Wohnmöglichkeiten der Betroffenen.

In vielen Dörfern bekommen Häuserwände aufgrund von Bodenerschütterungen durch Sprengungen in der Mine Risse und stürzen unter Umständen sogar ein – je nachdem in welcher Nähe der Dörfer die Mine Bauxit aus dem Boden sprengt. Betroffene aus Parawi hätten sich bei der CBG darüber beschwert. Mitarbeiterinnen hätten sich die Schäden zwar angeschaut, aber nichts unternommen. Die Familien hätten ihre Häuser daher mit eigenen Mitteln wiederaufgebaut.

Die Bewohner*innen von Fassali Foutabhé haben 2020/21 sogar ihr Dorf selbst umgesiedelt, nachdem die CBG-Mine näher als 500 Meter herangerückt war und ihre Häuserwände infolge der Sprengungen Risse bekamen. Finanziert haben sie dies mit den Entschädigungszahlungen, die die CBG ihnen 2019 für gefällte Bäume gezahlt hatte. Nur zwei Familien seien am alten Standort geblieben. Mit der CBG gebe es inzwischen eine Übereinkunft, dass Sprengungen nur ab einer Mindestentfernung von 1.000 Metern erfolgen sollen. Die CBG halte sich aber nicht daran. Durch die Nähe der Mine sei auch der Bau von Dächern schwieriger geworden. Traditionell decken sie ihre Häuserdächer mit Stroh, das die Innenräume auch vor heißen Temperaturen schützt. Wegen der

Mine finden sie davon nicht mehr genug und müssen deshalb Wellblech verwenden. Wellblech heizt sich aber bei Sonneneinstrahlung auf, so dass die Innenräume jetzt nicht mehr kühl bleiben.

Die Bewohner*innen von Bouroré haben der CBG aufgrund dieser Folgen der Sprengungen vorgeschlagen, ein Komitee zur Kontrolle der Sprengungen einzurichten. Dies sei aber von der CBG mit der Begründung abgelehnt worden, dass diese Form des Bauxit-Abbaus nur gebildete Leute beurteilen könnten. Außerdem habe die CBG die Verantwortung mit der Begründung von sich gewiesen, dass die Sprengungen durch das Unternehmen Nitrokemine durchgeführt würden und nicht direkt von ihnen. Sie hätten sich bei der Gemeinde Sangaredi darüber beschwert, die aber nicht darauf geantwortet habe. Selbst parallel zur letzten Mediationsrunde mit der CAO-Ombudstelle habe die CBG gesprengt, wodurch ein Haus eingestürzt sei.

Das Bauxit liegt vor allem unter den Bowal genannten Hochplateaus der Gegend. Gras und Kieselsteine der Bowal werden traditionell zum Häuserbau verwendet. Durch die CBG-Mine ist es für die Menschen jetzt schwierig, ausreichendes Material für den Bau ihrer Häuser zu finden. Familien, die auf dem Bowal oberhalb des Dorfes Parawi wohnten, mussten umziehen, weil die CBG dort Bauxit abbauen wollte. Sie berichteten, dass sie eingewilligt hätten, weil die CBG gesagt habe, dass sie nur das Bowal-Land beanspruchen würden, welches sie traditionell als Weideland nutzen. Die CBG habe sie zwar dafür entschädigt. Später habe sie aber zusätzlich zum Bowal auch die Erlaubnis beantragt, die Plateaus Bounga und Kobi auszubeuten, die das Dorf Parawi umgeben. Allerdings sei dort noch nicht mit Minenaktivitäten begonnen worden.

Die Steigerung der Produktion der CBG erhöht auch die Unfallgefahren in den Dörfern entlang der Eisenbahntrasse. Sie sind durch die Züge hohen Gefahren für Unfälle ausgesetzt, weil es keine Zäune entlang oder Brücken über die Gleise gibt. Auch Tiere sind gefährdet, da sie in der Regel

nicht auf eingezäunten Weiden gehalten werden, sondern frei herumlaufen. Die Trasse führt zum Teil nur wenige Meter an den Dörfern vorbei. Die Güterzüge fahren sechsmal täglich, jeder mit jeweils 150 Waggons.



Eingestürzte Hauswand in Bouroré

Umsiedlungen

Einige Dörfer wurden bereits vor dem jetzigen CBG-Projekt zur Produktionserweiterung zu früheren Steigerungen der Produktion umgesiedelt oder haben dies selbst getan.

N'Danta Fogné

Die Einwohner*innen des Dorfes N'Danta Fogné wurden 1986 zum ersten Mal durch die CBG vertrieben. Nach ihren Aussagen lag das Dorf nur 120 Meter entfernt von einem Fluss, den die CBG seitdem für die Wasserversorgung ihre Arbeiter*innen-Siedlung in Sangaredi nutze. 84 Häuser und Bäume seien beschädigt und der Friedhof zerstört worden. Dafür seien sie mit 2.995.000 GNF (heute rund 360 €) pro Familie entschädigt worden, was sehr wenig sei. Die CBG habe nur die großen Häuser und nur die im Dorfkern gezählt. Ihre Möglichkeiten, sich ausreichend zu



Riss in der Außenwand eines Hauses

ernähren, seien durch die Vertreibung massiv beschränkt worden. Auch ihre Schafe seien bei der Vertreibung getötet worden. Während sie vor der Vertreibung die Arbeiter*innen von der CBG mit Nahrung versorgt hätten, hätten sie sich nach der Vertreibung das übrig gebliebene Essen der Minenarbeiter*innen holen müssen.

Gegen die von der CBG geplanten Sprengung einer wichtigen Quelle haben sie sich mit einem Sitzstreik gewehrt. Daraufhin habe die CBG die Polizei gerufen. Das heutige Dorf habe nur Zugang zu einem verschmutzten Fluss, dessen Fische verschwunden seien und dessen Wasser nicht zum Anbau von Feldfrüchten geeignet sei. Die Dorfbewohner*innen haben die CBG gebeten, eine Leitung vom Wasserturm des Unternehmens in ihr Dorf zu legen. Das habe die CBG aber abgelehnt. Frauen haben begonnen, in den Abraumhalden Steine zu Schotter und Kies zu zerschlagen, den sie auf den Märkten verkaufen. Damit verdienen sie aber nicht genug, um sich und ihre Kinder ausreichend zu ernähren, geschweige denn ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine Frau beschreibt es anschaulich: Während vor der Vertreibung die Reste des Abendessens noch für das Frühstück reichten, könne sie heute nur frühstücken, wenn sie auf dem Markt genug Kies verkaufe, um ein Brot kaufen zu können.

Fassali Foutabhé

Das heutige Dorf lag nach Aussagen ihrer Bewohner*innen früher näher an der Sangaredi-Mine. Wegen der Schäden an ihren Häusern, die von den Sprengungen der Mine verursacht worden waren, haben sie 2020/21 ihr Dorf selbst an den heutigen Standort verlegt. Nur zwei Familien würden dort noch wohnen. Finanziert haben sie diese Umsiedlung mit dem Geld, das die CBG ihnen 2019 für abgeholzte Bäume erstattet habe. Sie habe aber angekündigt, nicht für das Land zu entschädigen, dass sie sich angeeignet habe.

Die Häuser des neuen Dorfs mussten sie mit Wellblech decken, weil sie wegen der Zerstörung der Natur durch die Mine kein geeignetes Gras gefunden haben.

Parawi

2017 bis 2018 sind einige Bewohner*innen des Dorfes Parawi, die auf einem Bowal-Plateau wohnten, in ein Tal umgesiedelt worden, da die CBG das Bauxit des Bowal abbauen wollte. Die Einwohner*innen berichteten, dass sie zugestimmt hätten, weil die CBG versichert habe, dass sie nur diesen Bowal für die Bauxitgewinnung beanspruchen würden. Als Entschädigung für die Umsiedlung vom Bowal ins Tal habe die CBG 2021 einmalig Lebensmittelhilfe geleistet, und zwar pro Familie:

4 Säcke Reis
1 Sack Zucker
2 Säcke Tomaten
20 Liter Öl

Nun hätte die CBG aber angekündigt, auch in den Gebieten Bounga und Kobi Bauxit abbauen zu wollen.

Hamdallaye

Eine besondere Situation besteht für das Dorf Hamdallaye, das seit der Minenerweiterung bisher als einziges von der CBG umgesiedelt worden ist. Mit dem Bau des neuen Dorfes wurde 2018 begonnen. Die Umsiedlung wurde ab 2020 und zum Großteil während der Corona-Pandemie durchgeführt, obwohl die Bewohner*innen nach eigenen Aussagen nur notgedrungen zugestimmt hatten. Der Chef de Secteur berichtete dazu, dass sie theoretisch in Alt-Hamdallaye hätten bleiben können. Die CBG habe angekündigt, dass sie das Dorf stehen lassen, aber rundherum Bauxit mit Sprengungen abbauen würden. Die Sprengungen in der Nähe hätten das Leben in Alt-Hamdallaye unerträglich gemacht. Deshalb hätten sie der Umsiedlung zugestimmt. Nachdem der Druck erhöht wurde, weil die Mine immer näher ans Dorf vorrückte, wollten die Männer exklusiv mit der CBG verhandeln. Sie stimmten letztlich der Umsiedlung zu, weil ein Leben in unmittelbarer Nähe der Mine unerträglich schien. Die Frauen erklärten, dass sie bei dieser Entscheidung übergegangen worden seien. Auch seien ausschließlich Männer entschädigt worden, aber auch dies nur für Bäume, die sie selbst gepflanzt hätten und für ihre Häuser, nicht für den Verlust ihres Agrarlands.



Das alte Hamdallaye
© Benjamin Moscovici

Die CBG habe sie auf ein Areal nach Duro umsiedeln wollen. Das würde 35 km von Alt-Hamdallaye entfernt liegen, weswegen sie dies abgelehnt hätten. Zum heutigen Neu-Hamdallaye betrage die Entfernung dagegen nur fünf km. Die Häuser in Alt-Hamdallaye hat die CBG kurz nach der Umsiedlung zerstört, damit die Bewohner*innen nicht zurückkehren können. Der Wald steht noch.



Familie vor
ihrem Haus in
Hamdallaye
© Benjamin
Moscovici

Inzwischen baue die CBG aber auch in der Nähe von Neu-Hamdallaye Bauxit ab.

Während Alt-Hamdallaye in einem Wald lag, steht Neu-Hamdallaye auf aufgeschüttetem Bowal-Abraum der CBG-Mine, ohne Bäume und auf weitgehend unfruchtbarem Boden. Die CBG habe zugesagt, 5.000 Bäume in Neu-Hamdallaye zu pflanzen und die Bäume in Alt-Hamdallaye so lange stehen zu lassen, bis die neuen Bäume Früchte tragen. Das sei im Plan d'Action de Réinstallation et Compensation (PARC) festgehalten worden. Vor der Umsiedlung habe die CBG in den Jahren 2016/17 499 Bäume gepflanzt, aber nur elf hätten überlebt. Wie viele Bäume nach der Umsiedlung von der CBG gepflanzt worden seien, ist unklar. Doch die Pflanzungen seien unsachgemäß vorgenommen worden, so dass die allermeisten Setzlinge eingegangen seien. Die Bewohner*innen haben daher selbst angefangen, Bäume mit ihren Methoden zu pflanzen, durch die Setzlinge gesund wachsen.



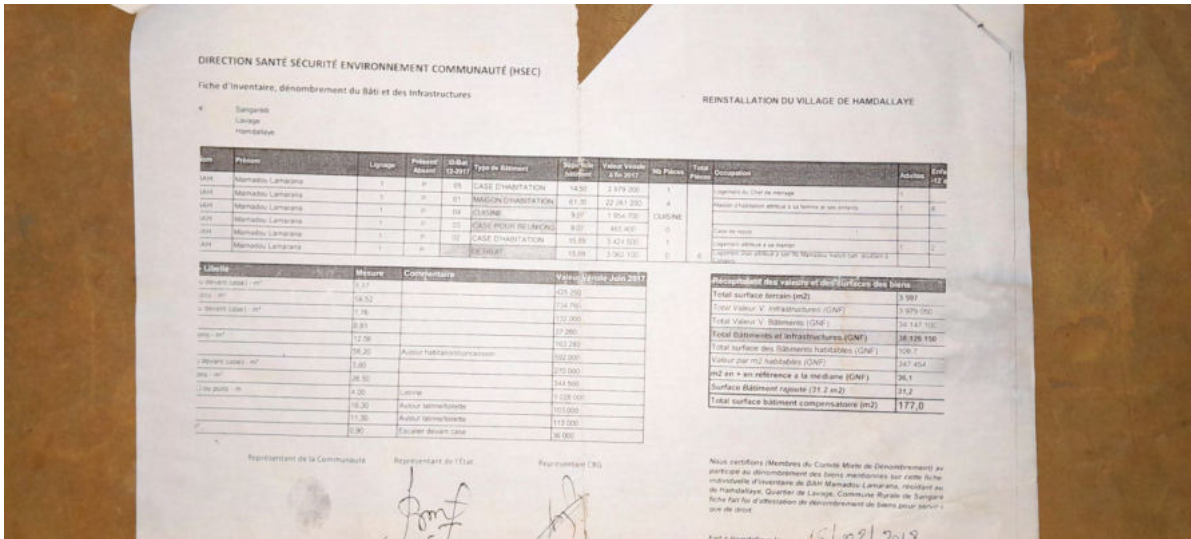
Kümmerlicher Setzling, der von der CBG gepflanzt worden ist

Bewohner*innen von Neu-Hamdallaye beschwerten sich darüber, dass die CBG zwar Häuser gebaut habe, aber zum Teil in schlechter Qualität. Zudem seien die Wellblechdächer nicht an Hitze und tropische Regenfälle angepasst. Wegen des fehlenden Schattens werde es bei Sonnenschein in den Häusern sehr heiß. Heftige Regenfälle prasselten sehr laut auf die Dächer. Außerdem beklagen die Bewohner*innen, dass sie nun beim Instandhalten ihrer Häuser abhängig von der CBG seien, da sie mit dem Bau mit Backsteinen und Wellblechdächern nicht vertraut seien. Ein Einwohner beschwert sich darüber, dass sein Haus in Hamdallaye zerstört, aber in Neu-Hamdallaye nicht wiederaufgebaut worden sei. (Dokument dazu liegt vor.)

Frauen in Neu-Hamdallaye beschwerten sich darüber, dass ihre Haustüren und Wände beschädigt und Dächer undicht seien. Bei Regen tropfe es hinein. Die CBG habe diese Häuser zwar gebaut, kümmere sich aber nicht um die Instandhaltung.



Von den Einwohner*innen gepflanzt Baum



Auflistung der zerstörten und neu gebauten Häuser von Hamdallaye mit Unterschriften der Behörde und CBG.



Neu-Hamdallaye ist auf unfruchtbarem Bowal-Abraum der CBG-Mine gebaut

Gesundheit und Zugang zu medizinischer Versorgung

Entgegen den Erwartungen der betroffenen Dörfer aufgrund informeller Versprechungen hat die CBG keine Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Dörfer ergriffen. Im Gegenteil führt ihr rücksichtsloser Bauxitabbau offenbar zu Erkrankungen der Bevölkerung. In allen Dörfern berichten die Menschen, dass Krankheiten zugenommen haben und sie auch unter für sie bisher unbekanntem Symptomen leiden, seit die CBG in ihrer Nähe Bauxit abbaut. Der Silicium-haltige Staub der Mine

verursache Atemwegserkrankungen, vor allem bei den Kindern. Sie würden darüber hinaus häufiger über Kopfschmerzen und Schmerzen im ganzen Körper klagen. Auch Durchfallerkrankungen träten häufiger auf. Im Krankenhaus bekämen sie gesagt, dass es Malaria sei. Die teure Behandlung könnten sich viele Familien nicht leisten.

Neben den Kindern spüren vor allem Frauen die gesundheitlichen Folgen der Bauxitmine. Sie berichteten, dass die geringe Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gesundheitlichen Problemen führe, vor allem für Schwangere, die besonders gute Nahrung und viele Vitamine bräuchten. Der Hunger verursache dagegen Krankheiten. Man könne bei gesundheitlichen Problemen oder zur Geburt aber nur dann ein Krankenhaus aufsuchen, wenn man die Kosten zahlen könne. Aufgrund des Entzugs ihrer Lebensgrundlage und dem Mangel an anderen Einkünften sei das aber vielen Familien nicht möglich.

Viele Frauen beklagen darüber hinaus, dass sie durch Abholzung von Wäldern keinen Zugang mehr zu Heilkräutern haben oder Kräuter nicht mehr wirken, seit die CBG in der Nähe Bauxit abbaue.

Frauen aus dem bereits 1986 zwangsumgesiedelten Dorf N'Danta Fogné, die bis dahin Landwirtschaft in

den schattigen Feuchtgebieten bewaldeter Täler betrieben hatten, sammeln nun in der schattenlosen prallen Sonne des Bowal Steine und Kiesel, um dies als Baumaterial nach Sangaredi zu verkaufen. Am Ende der Trockenzeit seien viele krank; ihre Gewinne aus dem Sammeln von Steinen würden aufgezehrt für die Gesundheitskosten. Vielen haben sie ihre Probleme berichtet, Leute gingen, neue kämen, aber die Probleme blieben.

Auch Frauen im zwangsumgesiedelten Dorf Neu-Hamdallaye beklagen, dass sie aufgrund fehlenden Schattens durch Bäume schutzlos der Hitze ausgeliefert seien. Zudem reiche die Wasserversorgung nicht aus. Ihre neuen Häuser heizen sich auch durch die Wellblechdächer auf. Da sie keinen Strom haben, können sie auch nicht mit Ventilatoren kühlen. In Neu-Hamdallaye hat die CBG zwar ein Gebäude für ein Gesundheitszentrum errichtet, es zunächst jedoch weder mit Personal noch mit medizinischem Material ausgestattet. Erst nachdem FIAN den unhaltbaren Zustand in die Öffentlichkeit trug und der deutsche Botschafter sich die Lage vor Ort anschaute, wurde Personal eingestellt und medizinische Ausrüstung bereitgestellt.

Beides zeigte sich im Dezember 2022 jedoch völlig unzureichend. Eine Krankenschwester, die nach

eigener Aussage vom guineischen Staat bezahlt wird, war zu dem Zeitpunkt dort beschäftigt. Als größtes Problem nannte sie die fehlende Wasserversorgung. Es gibt im Gebäude weder einen Zapfhahn noch ein Waschbecken. Die Krankenschwester muss selbst Wasser in Kanistern von einer Handpumpe im Dorf holen. Ein weiteres

Kreissaal im Gesundheitszentrum in Hamdallaye



großes Problem ist die unzureichende Stromversorgung. Zwar hatte die CBG ursprünglich vier Solarmodule auf dem Dach angebracht. Zwei davon seien jedoch vom Wind weggeweht worden. Das Unternehmen habe sie nicht ersetzt. Die verbleibenden zwei Module reichten nicht aus, um die Innenräume ausreichend zu beleuchten, ganz zu schweigen vom Betrieb einer Gefriertruhe, die anstelle eines bestellten Kühlschranks geliefert wurde, der für die Aufbewahrung von Impfstoffen und anderen Medikamenten bestellt worden war.⁸⁹ Die Krankenschwester nutzt daher eine solarbetriebene Taschenlampe für die

Behandlungen. Darüber hinaus sei die Ausstattung mit Betten und Liegen im Verhältnis zur Zahl der Patient*innen, insbesondere schwangerer Frauen, zu gering.

Die Dörfer N'Danta Fogné und Kogon Lengué klagten darüber, dass der Krankwagen der Regierung für Krankentransporte viel Geld verlange 250.000 GNF (knapp 27,5 €), was die Leute sich nicht leisten können. Es gebe in ihrer Reichweite weder ein Krankenhaus noch eine gute Straße zur nächsten Klinik.

Zugang zu Bildung

In den besuchten Dörfern hat sich laut Aussagen der Bewohner*innen ihr sowieso nur eingeschränkter Zugang zu Bildungseinrichtungen durch die Auswirkungen der CBG-Mine verschlechtert.

Im Rahmen der Aufteilung kommunaler Aufgaben im Bildungssektor zwischen der Gemeinde Sangaredi und der Unter-Präfektur ist die gemeindliche Stadtverwaltung für Bau und Unterhalt der Gebäude zuständig, die Unterpräfektur für die Anstellung und laufende Zahlung der Lehrer*innen. Dass der Zentralstaat seinen Pflichten nicht nachkommt, mag ein weiterer Grund dafür sein, dass in vielen Dorfschulen kein Unterricht stattfindet.

In Neu-Hamdallaye wurde eine Grundschule mit sechs Klassen wiedererrichtet, aber keine weiterführende Schule gebaut. Das Gebäude zahlte die CBG, die Schule wird vom Staat betrieben. Aufgrund des geringen Familieneinkommens durch die Umsiedlung können einige Familien das Schulgeld nicht mehr aufbringen und die Kinder deswegen nicht mehr zur Schule schicken. In Alt-Hamdallaye gab es außerdem ein Alphabetisierungszentrum (Centre d'Alphabetisation), das vor allem von Frauen

genutzt worden war. Dies wurde in Neu-Hamdallaye nicht wiederaufgebaut.

Für die Kinder in Bouroré hat die Umsiedlung von Hamdallaye zur Folge, dass sie keine öffentliche Schule mehr besuchen können. Da es keine Schule im Dorf gibt, besuchten sie die Grundschule in Alt-Hamdallaye. Der Weg nach Neu-Hamdallaye sei zu weit für den Schulweg. Die Schule im Nachbardorf Fassaly Fouthabé liegt zwar näher, habe aber keine Lehrer*in, weswegen kein Unterricht stattfindet. Dies wird im Monitoring-Bericht 2022 des Unternehmens Ramboll bestätigt, das regelmäßig überprüft, ob die CBG die Sozial- Umweltstandards der IFC beachtet.⁹⁰ Einige Kinder besuchten nun eine Schule in Sangaredi und würden dazu in der Schulzeit in Sangaredi untergebracht. Die CBG habe zwar versprochen, eine Schule für Fassali Foutabhe und Bouroré einzurichten, hätte aber angeblich keine Lehrer*innen dafür gefunden.

Eine Bewohnerin von Bouroré habe eine private Schule eröffnet. Sie verlange aber hohe Preise, die viele Familien nicht zahlen können, zum Beispiel, weil sie aufgrund der Auswirkungen der Mine jetzt höhere Kosten für medizinische Behandlungen für sich und ihre Tiere aufbringen müssten. Vor allem für Familien mit vielen Kindern sei es schwer, die

Schulkosten aufzubringen. Sie betragen demnach:

im 1. Schuljahr 30.000 GNF monatlich (ca. 3,-€)
im 2. Schuljahr: 40.000 GNF monatlich (ca. 4,-€)
im 3. Schuljahr: 60.000 GNF monatlich (ca. 6,-€)

Auch in Paragögö konnten die Kinder lange nicht zur Schule gehen, weil kein Lehrer angestellt wurde. Inzwischen würden die Dorfbewohner*innen selbst einen Lehrer bezahlen. In Parawol könnten viele Kinder die Schule aus Mangel an Geld nur bis zur 5. Klasse besuchen. Die Kinder aus Kogon Lengué würden sieben Kilometer zur Schule laufen.

In Guéguéré gibt es nur eine Koranschule, die die Kinder auch schon besuchen, bevor sie eingeschult werden. Dort lernen sie die arabische Schrift, um den Koran lesen zu können.



Kinder lernen abends am Feuer den Koran auswendig

Ausübung von Kultur und Religion

Kulturelle Stätten werden von der CBG missachtet und kulturelle Praktiken unmöglich gemacht. So beklagen die Dörfer Parawol und Horé Lafou, dass die Mine ihre Friedhöfe zerstört habe. Fassaly Fouthabé und Hamdallaye haben viele kulturelle Zeremonien gemeinsam begangen, was nun aufgrund der Entfernung zwischen den Dörfern nicht mehr praktikabel sei. Die Bewohner*innen von Fassaly Fouthabé seien

auch zum Freitagsgebet in die Moschee nach Alt-Hamdallaye gegangen. Die Entfernung zu Neu-Hamdallaye sei dazu zu groß. Die Moschee in Parawi habe durch die Sprengungen in der Mine Risse bekommen, so dass sie einsturzgefährdet sei und nicht mehr genutzt werden könne.

Auch mangelndes Einkommen seitdem die Mine ihr Land beanspruche, führe dazu, dass kulturelle Feste nicht mehr begangen werden könnten. Dies treffe zum Beispiel auf die Zeremonie für die Vergabe des Namens für Babys zu. Ohne oder mit wenig Geld könne sie nicht durchgeführt bzw. bezahlt werden. Armut führt auch unter Frauen dazu, dass sie ihre gewohnten Gespräche nicht mehr führen. Sie schämten sich wegen ihrer Armut vor den anderen. Eine Frau erklärt: „Morgens können wir uns nicht unterhalten, weil wir alle arm sind.“



© Benjamin Moscovici

Gleichberechtigung von Frauen

Die von vielen Organisationen beschriebene strukturelle Diskriminierung von Frauen in Guinea, war auch in Sangaredi sichtbar. So saßen die Frauen bei den Versammlungen mit dem Rechercheteam immer hinter den Männern oder in größerem Abstand. Wenn sie auf Fragen antworteten, wurden sie häufig von den Dorfvorstehern unterbrochen, die ihnen nach Information des Dolmetschers sagten, was sie antworten sollten. Die Berichte der Frauen legen den Schluss nahe, dass die Folgen der CBG-Mine die sozio-ökonomische Situation der Frauen verschlechtern.



Schneiderin in Kogon- Lengué



Frauen in Neu-Hamdallaye

Frauen bauen in den Dörfern traditionell Gemüse an und ernten Früchte der Obstbäume. Überschüsse haben sie auf Märkten verkauft. In vielen Dörfern, vor allem in den Tälern, haben sie trotz mangelndem Landbesitz Agrarforstwirtschaft praktiziert. Wo Gärten während der Recherche vor Ort noch sichtbar waren, wuchs Gemüse auf kleinen Flächen in Waldstücken. Dadurch bekommen die Pflanzen genügend Schatten und müssen nicht oder nur selten bewässert werden. **Durch die Mine haben jedoch viele Frauen ihre Gärten und Wälder verloren.**



Frau beim Wäsche waschen im Fluss



Vertreterin bei der Mediation des CAO Ombudsman aus Parawi

Die Frauen waren an Entscheidungen nicht beteiligt und haben keine Entschädigung von der CBG erhalten. Sie berichteten, dass es die Entscheidung der CBG gewesen, dass sie keine Entschädigung erhalten haben. Ihre Ehemänner hätten dem zugestimmt. Im Monitoring-Bericht 2022 kritisiert auch Ramboll, dass die CBG das Kriterium der Partizipation von Frauen trotz wiederholten Empfehlungen nicht erfüllt.⁹¹ Eine Frau in Hamdallaye erklärt, warum sie diese Entscheidung respektieren: „Was immer unsere Ehemänner vorschlagen, wir stimmen zu.“

In Neu-Hamdallaye beschwerten sich die Frauen darüber, dass sie – nachdem die Einkommen schaffenden Maßnahmen gescheitert sind – nun vollständig von ihren Männern abhängig seien. Denn sie müssten Lebensmittel jetzt kaufen und benötigen dazu das Geld, das ihre Männer verdienen und ihnen geben. Die CBG habe zwar versprochen, dass sie mit Land entschädigt würden. Aber da dieses Land nicht fruchtbar sei, verlangen sie eine höhere finanzielle Entschädigung. Die CBG habe darauf geantwortet, dass Frauen kein Geld in die Hand bekommen sollten.

Wie im Kapitel zum Recht auf Gesundheit dargestellt, sind Frauen besonders in der Schwangerschaft stark durch mangelnde Ernährung und unzureichende medizinische Versorgung betroffen.

Auch der mangelnde Zugang zu Wasser stellt vor allem für Frauen ein Problem dar. Da sie für die Wasserversorgung der Familien zuständig sind, müssen sie jetzt weitere Wege als zuvor in Kauf nehmen. Dadurch fehlt ihnen Zeit für andere Aufgaben und Möglichkeiten, Einkommen zu erwirtschaften. Darüber hinaus erhöhen die langen Wege das Risiko, belästigt oder gar Gewalt ausgesetzt zu werden. „Ohne Wasser leben wir nur ein halbes Leben“ beschreibt eine Frau aus Parawol ihre Not.

Eine Frau in Parawi weist darauf hin, dass Frauen auch aufgrund ihrer stärkeren Anbindung an die Familie stärker von den Auswirkungen der Mine betroffen seien als Männer: „Eine Frau kann nicht weggehen und ihr Zuhause zurücklassen, wogegen Männer an andere Orte migrieren könnten.“

Die Diskriminierung von Frauen durch Männer begründete ein Mann in Kogon Lengué damit, dass der Mann über der Frau stehe, weil er ein höheres Einkommen habe. Wenn das nicht der Fall sei, seien alle gleichberechtigt.

Die Vertreterin einer NGO bestätigt, dass in der Region ein starkes Patriarchat vorherrsche. Frauen sagten in der Regel, was ihre Männer vorschreiben. Aufgrund der verbreiteten Polygamie stehen Ehefrauen untereinander in Konkurrenz, und unterschiedliche Behandlung durch den gemeinsamen Ehemann schüre Neid. Das verstärke ihre Ausbeutung. Wie tief Diskriminierungen von Frauen in den Gemeinschaften und Familien verankert ist, macht

Gesunde Umwelt

Von der Erhöhung der Produktion der Sangaredi-Mine sind über 20 Dörfer betroffen. Deren Bewohner*innen sind unmittelbar von ihrer natürlichen Umwelt abhängig und kaum gegen deren Schädigungen geschützt. Viele bekommen die Umwelt-Auswirkungen bereits deutlich zu spüren. Die Mine baggert ihr Agrarland ab, rodet ihre Wälder (Trockenwälder sind Primärwälder, die damit unwiederbringlich vernichtet sind) und zerstört ihre Wasserressourcen, über Wasserentnahmen, schädliche Einträge und – besonders gravierend – durch mutwillige Sprengungen von Quellen. Kurz: die Mine zerstört ihre natürlichen Ressourcen und ihre natürliche Umwelt, die bis dahin (weitgehend) intakt war.⁹² Dies beeinträchtigt unmittelbar die Versorgung mit Nahrung und Wasser der Bevölkerung.

Wie in den Kapiteln zu den Rechten auf Nahrung und Wasser beschrieben, schädigt die Mine massiv die natürlichen Gewässer durch Bauxitschlamm, Öl und Benzin und hat nach Aussagen von Betroffenen unterirdische Wasseradern durchtrennt, aus denen sich Quellen gespeist haben. Zusätzlich mache der Schlamm die fruchtbaren Böden an den Ufern unfruchtbar. Auch Wildtiere sind von den Auswirkungen der Mine betroffen. Ihr Bestand geht zurück. Verschmutzungen und die Austrocknung der Gewässer führt nicht nur zum Sterben der Wassertiere, sondern vertreibt auch alle anderen Tiere, die in der Regel vom Flusswasser trinken.

der Rat einer guineischen Vertreterin einer Nichtregierungsorganisation deutlich: Als Fremde müssten wir den Wunsch, mit Frauen allein sprechen zu können, sehr gut erklären, damit ein Chef de Secteur dem zustimme. Zu fordern, dass Frauen von der CBG entschädigt werden sollen, sei kulturell nicht akzeptabel. Das könne den Familienzusammenhalt und sozialen Frieden gefährden.

Wildtiere, zum Beispiel Affen, flüchten wegen der Sprengungen aus dem Einzugsgebiet der Mine.

Der Staub, den die Sprengungen erzeugen, verunreinigt Wasser und Luft und bedeckt die Pflanzen. Diese werden dadurch zunehmend unfruchtbar.

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Menschenrechtsverletzungen durch direkte Einwirkungen von der CBG und guineischem Staat auf die Bevölkerung im Konzessionsgebiet wirken sich auch die Umweltzerstörungen unmittelbar und mittelbar darauf aus, wie und ob die Bevölkerung ihre Menschenrechte wahrnehmen kann: Neben den dargestellten Folgen auf die Rechte zu angemessener Ernährung und Wasser trifft es beispielsweise auch die Rechte auf Gesundheit und Wohnen. So ist der Bowal mit Gras und Kieselsteinen eine wichtige Ressource für den Häuserbau. Die mit dem Abholzen der Wälder vernichteten Heilkräuter fehlen ihnen nun für Behandlungen von Krankheiten.

Die CBG zerstört mit der Sangaredi-Mine die Ökosysteme der Region und entzieht damit auch die Lebensgrundlage der Bevölkerung.

Der guineische Staat unterstützt dies, indem er die gesetzlich vorgesehene Kontrolle der Bergbauunternehmen faktisch nicht umsetzt.⁹³

Einkommen schaffende Maßnahmen der CBG

Für die beiden Dörfer Hamdallaye und Fassaly Fouthabé hat die CBG zur Abfederung der Folgen Einkommen schaffende Maßnahmen vorgesehen. Mit deren Entwicklung und Durchführung hat sie die kanadische Nichtregierungsorganisation Centre d'Etude et de Cooperation Internationale (CECI) beauftragt. Die Dorfbewohner*innen berichteten, dass alle Projekte gescheitert seien. In Neu-Hamdallaye stand bei der Recherche vor Ort ein leeres Stallgebäude, das nach Angaben der Bewohner*innen als Hühnerstall gebaut worden war. Hinter einem Zaun, um ein offensichtlich nicht kultiviertes Areal, lagen Schläuche auf dem Boden, die nach Aussage der Dorfbewohner*innen zur Bewässerung eines Projekts für Gemüseanbau verlegt worden waren. Ziegen sollten in Ställen gehalten werden, was der üblichen Haltungsform nicht entspricht.

Gemäß den Monitoring-Berichten von Ramboll 2018 hat der Projektmanager von CECI die Dörfer mehrmals besucht, um die Art der geeigneten Maßnahme zu bestimmen.⁹⁴ Im nächsten Schritt der Vorbereitungen wurden Machbarkeitsstudien durchgeführt. Auf Basis deren Ergebnisse wurden für Neu-Hamdallaye fünf Projekte und für Fassaly Fouthabé vier Gruppen-Projekte ausgewählt, für die sich vor allem Frauen und junge Erwachsene zusammenfanden. In Hamdallaye waren das: Gemüseanbau, Ziegenhaltung, Hühnerhaltung, Rohrrattenhaltung (Grasscutters⁹⁵) und Bäckerei. In Fassaly Fouthabé waren es Gemüseanbau, Ziegenhaltung, Hühnerhaltung und Rohrrattenhaltung. Entgegen der positiven Darstellung der CBG gegenüber Ramboll sind diese Projekte in beiden Dörfern gescheitert. Hühner und Ziegen seien gestorben, weil CECI ungeeignete Rassen angeschafft habe. Die Gartenprojekte in Hamdallaye sind aufgrund des schlechten Bodens gescheitert. Das Projekt zur Haltung von Rohrratten hat gar nicht erst begonnen. Zum Scheitern des Bäckerei-Projekts schreibt Ramboll, dass die zunächst sehr motivierte Gruppe wieder aufgehört habe, da CECI ihnen kein Startkapital bereitgestellt habe und ihnen dadurch das Geld für den Einkauf von Produktionsmitteln ausgegangen sei. In Fassaly Fouthabé sei das Gartenprojekt nach einem Buschfeuer eingestellt



worden. Die anderen Projekte sind aus ähnlichen Gründen gescheitert wie in Hamdallaye.⁹⁶

Auch die zugesagte finanzielle Unterstützung für die ersten Jahre nach der Umsiedlung des Dorfes Hamdallaye sei deutlich niedriger ausgefallen als angekündigt. Außerdem biete die CBG der örtlichen Bevölkerung so gut wie keine Arbeitsplätze an. Aufgrund der verstärkten Armut durch das rücksichtslose Verhalten der CBG mussten Eltern in Neu-Hamdallaye ihre Kinder aus der Schule nehmen. Dazu kommentierte der Dorfvorsteher von Hamdallaye:



» Auch wenn jemand verspricht monatlich Geld zu zahlen, ist es besser Arbeit zu bekommen. Auch wenn jemand sagt, den Boden auszutauschen, ist es besser, den Boden so zu lassen wie er ist «

Unzureichende Entschädigungen

Die Bewohner*innen der neun Dörfer beklagen, dass die CBG nur für Bäume Entschädigung zahle, aber in der Regel nicht für Land. Oft entschädige die CBG sogar nur für solche Bäume, die nach ihrer Ansicht von den Betroffenen selbst gepflanzt wurden. Dies lässt außer Acht, dass die ländliche Bevölkerung dieser Region Wälder auf vielfältige Weise nachhaltig nutzt. Ein Mann aus Horé Lafou beklagt: „Sie entschädigen nur für Bäume, die du gepflanzt hast, nicht für wildwachsende. Dabei wissen sie, dass alle Bäume wichtig für uns sind. Einige Bäume geben uns Früchte, andere Feuerholz.“ Darüber hinaus sei die Entschädigung nicht transparent. Die CBG würde nicht sagen, wie viel sie pro Baum zahle, sondern jeweils nur Gesamtbeträge nennen.

Bewohner*innen des Dorfs Horé Lafou berichteten, dass bei der Entschädigung für Agrarland ihre Anbaumethode der Mehrfelderwirtschaft ignoriert worden sei. Die CBG habe nur Entschädigung für bepflanzte Felder gezahlt, aber nicht für Felder, die zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit gerade brachlagen.

In Parawi beklagten einige Bewohner*innen, dass zwar einige Familien für den Verlust ihres Landes oder ihrer Bäume durch den Bau einer Straße entschädigt worden seien. Dass aber außer Acht gelassen worden sei, dass alle nun keine für Fußgänger geeigneten Weg mehr haben. Sie hatten zwar von der CBG gefordert, dass sie eine Straße bauen solle. Die CBG habe aber für Grundstücke, auf denen sie die Straße gebaut hat, weder Entschädigung gezahlt noch andere Grundstücke als Alternative angeboten.

21 Familien aus Hamdallaye, auf deren Land die CBG eine Lagerstätte für Bauxit eingerichtet hat, hat sie mit anderem Land entschädigt. Für dieses Areal hat die CBG die Familien mit Grundstücken in der Nähe von Neu-Hamdallaye, direkt an der Stadtgrenze zu Sangaredi entschädigt (s.o.). Die peri-urbanen Grundstücke von potentiellen Wert liegen aber in einer nicht mehr genutzten Bauxit-Grube, die lange unter Wasser stand, so dass ihre Grenzen nicht sichtbar waren. Die Familien haben von der CBG Unterlagen über ihre neuen



Versammlung in Fassaly Foutabhé

Grundstücke angefordert, bisher aber keine bekommen. Die CBG habe zwar eine Beschwerdestelle eingerichtet, aber die Verfahren zur Klärung dauerten zu lang.

Die Mitarbeiterin einer NGO berichtete, dass die CBG geschickt vorgehe, um die Dörfer zu spalten. Normalerweise verstehen sich die Bewohner*innen eines Dorfes als Großfamilie. Die CBG entschädige oft ein Mitglied einer Großfamilie besser als die anderen. Oder sie verbege gezielt Aufträge für Inventuren bzw. das Zählen der Bäume für die Entschädigung. Manche Ausgewählten manipulierten die Zahlen zu ihren Gunsten. Im Endeffekt werden die so ausgewählten von der CBG bezahlt, während die Geschädigten keine oder kaum Wiedergutmachung erhielten.⁹⁷ Das führe zu Konflikten innerhalb der Dörfer. Das Unternehmen weise Verantwortung dafür jedoch immer von sich.

VII. Lösungsstrategien der Bevölkerung

Neu-Hamdallaye im Bau



45

Die Dorfgemeinschaften haben sich nach ihren Aussagen häufig sowohl beim Unternehmen als auch bei den Behörden in Sangaredi über das rücksichtslose Vorgehen beschwert, hätten aber von keiner Seite Hilfe erhalten. Einige Dörfer haben auch öffentlich protestiert und Sitzstreiks vor Büros der Gemeinde oder Fuhrparks und Materiallagern der CBG durchgeführt.

Bewohner*innen von N'Danta Fogné berichteten, dass sie zum Schutz einer Quelle, die CBG sprengen wollte, einen Sitzstreik durchgeführt haben. Die CBG habe Polizei oder Militär zur Hilfe geholt. Die Streikenden hätten sich aber nicht einschüchtern lassen. Auch im Ramboll-Bericht 2018 sind soziale Unruhen erwähnt sowie die Beobachtung, dass die Polizeistation in Sangaredi zerstört war.⁹⁸

Auf die Frage, was passieren würde, wenn ein Dorf die Landnahme durch die CBG ablehne, antworteten Bewohner*innen von Paragö, dass die CBG in diesen Fällen die Gemeindevertreter*innen von Sangaredi um Hilfe gebeten hätten, die ihnen dann aber sagten, dass die CBG das Land benötige und sie der Landnahme zustimmen müssten. Generell würde die Gemeindeverwaltung bei Konflikten zugunsten der CBG entscheiden anstelle sie zu unterstützen. Sie sähen daher keine reale Chance, sich gegen die Menschenrechtsverletzungen zu wehren. Ins guineische Gerichtswesen haben sie kein Vertrauen. Ob sie die Kosten für eine*n geeignete*n Rechtsanwalt aufbringen könnten, sei dahingestellt.

2019 haben 13 Dörfer mit Unterstützung von drei NROs eine Beschwerde beim CAO-Ombudsman der International Finance Corporation (IFC) eingereicht. Sie beklagen, dass die CBG mehrere Sozial- und Umweltstandards der IFC nicht einhalte, wie die fehlende Entschädigung für die Auswirkungen der Mine auf ihr Land und ihre Lebensgrundlagen, das rücksichtslose Vorgehen bei Umsiedlungen, Umweltverschmutzung, schonungsloser Umgang mit Wasser, unzureichende Möglichkeiten zur öffentlichen Beteiligung an den Planungen des Unternehmens sowie fehlende Beschwerdeverfahren. Die Beschwerde wurde angenommen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde das anschließende Mediationsverfahren jedoch verschoben. Jedes Dorf ist daran mit zwei Personen vertreten. Doch trotz der anhängigen Beschwerde und während der Corona-Pandemie hat die CBG Fakten geschaffen und das Dorf Hamdallaye umgesiedelt. Zum Zeitpunkt

der Veröffentlichung dieser Studie haben die Beteiligten in der Mediation eine Vereinbarung zur Verringerung der Schäden und Belästigungen durch die Sprengungen sowie das Abfräsen des Bauxits getroffen und sich darauf geeinigt, dass die durch die Sprengungen bereits verursachten Schäden von einem unabhängigen Experten untersucht und erhoben werden sollen.⁹⁹

Die Bewohner*innen von Parawol fordern konkret drei Maßnahmen zur Entschädigung für die Zerstörung ihre Wasserversorgung:

1. Für die Wasserversorgung der Menschen soll die CBG Wasserpumpen installieren, deren Wasser Trinkwasser ist.

2. Für das Vieh sollen die Quellen wieder hergestellt werden.

3. Was nicht repariert werden kann, soll finanziell entschädigt werden.

Einige Betroffene kritisierten die Verhandlungstaktik der CBG bei der Mediation, die Misstrauen innerhalb der Dörfer schüre. Die CBG führe zu den Themen, die in der Mediation besprochen werden, immer parallele Gespräche mit den Dörfern. Viele Bewohner*innen der 13 Dörfer hätten dadurch den Eindruck, dass ihre Vertreter*innen im Mediationsverfahren einer Lösung im Weg stünden und die CBG darin hindere, ihr Verhalten zu ändern. Die Gemeinden erleben dies als demotivierend.

Als Überlebensstrategie angesichts dieser ausweglosen Situation verlassen vor allem junge Männer ihre Familien, um Arbeit in Städten oder Nachbarländern zu suchen. Einige hätten sich auf den Weg nach Libyen gemacht. Drei von ihnen seien angekommen, andere seien auf dem Weg gestorben, einige seien verhaftet worden. Bewohner*innen der Dörfer versuchen, mit der Produktion von Holzkohle ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften, obwohl das verboten sei. Sie würden deswegen aber kriminalisiert. Neben den Rechtsverletzungen durch die CBG geraten die Dörfer zunehmend in Bedrängnis, da immer mehr Bergbauunternehmen in der Region tätig werden. Einige Dörfer seien inzwischen von zwei oder drei Minen umzingelt.

VIII. Die Beteiligung der Banken

Das Finanzsystem, insbesondere der Bankensektor, spielt als Geldgeber für Bergbaukonzerne eine wichtige Rolle. Zum einen, weil Bergbauprojekte viel Kapital benötigen, zum anderen, weil sie **für die Verwendung des Geldes Kriterien festlegen können, mit denen sie die Auswirkungen der Projekte auf Menschen und Umwelt beeinflussen können.**

So wurde auch die Erhöhung der Produktion der Sangaredi-Mine erst durch Kredite eines internationalen Bankenkonsortiums möglich, darunter auch die Weltbank-Tochter *Internationale Finanz-Corporation* (IFC) und die deutsche ING DiBa. Das Konsortium hat sich bei der Vorab-Analyse für die Kredite auf die IFC verlassen. Die IFC hat zwar vor ihrer Zusicherung prüfen lassen, ob ihre Sozial- und Umweltstandards durch die Mine verletzt werden könnten. Die Ergebnisse der Analyse und deren Umsetzung durch die CBG hat sie jedoch nicht ausreichend beachtet. Dies hat der CAO-Ombudsman der IFC bestätigt, indem er die Beschwerde der 13 Dörfer angenommen und das Mediationsverfahren in Gang gesetzt hat.

2016 hat die ING DiBa ihren Kredit in Höhe von 248 Millionen Euro für eine Laufzeit von zwölf Jahren vergeben.¹⁰⁰ Sie hat ihren Kredit über eine Ungebundene Finanzkredit-Garantie (UFK) durch die Außenwirtschaftsförderung der deutschen Bundesregierung absichern lassen. Die Bundesregierung gibt an, dass sie den Kredit der ING DiBa mit 458 Millionen Euro versichert hat. Der Betrag umfasse Kapital- und Zinsdeckung abzüglich des Selbstbehalts. Für die Bereitstellung von 248 Millionen Euro verlangt die ING DiBa für die Kreditlaufzeit von zwölf Jahren folglich insgesamt 218 Millionen Euro Zinsen.¹⁰¹ Für die Versicherung ihres Kredits wurde die ING DiBa von der Bundesregierung verpflichtet, mit der CBG vertraglich zu vereinbaren, dass sie einen mit der Bundesregierung abgestimmten Umwelt- und Sozialplan umsetzen muss (Environmental and Social Action Plan, ESAP). Sie hat die Auflage, dessen Umsetzung und das Monitoring der CBG zu kontrollieren. Sollte sie feststellen, dass der ESAP, relevante Sozial- und Umweltstandards oder

Standards zum Arbeits- und Gesundheitsschutz von Weltbank und IFC nicht beachtet werden, ist sie verpflichtet, die Bundesregierung zu informieren und in die Planungen von Gegenmaßnahmen einzubinden.¹⁰² FIAN liegen keine Informationen dazu vor, ob die ING-DiBa diese Auflagen erfüllt hat. Allerdings ist die Mandatarin des BMWK, Euler Hermes (jetzt Trade Allianz), tätig geworden und kontrolliert die CBG.

Auf der Internetseite der ING DiBa finden sich keine Informationen zu diesem Kredit.¹⁰³ Auf eine Anfrage von *Business und Human Rights* für eine Stellungnahme zu Vorwürfen der NGO Südwind wegen der Finanzierung der Sangaredi-Mine antwortet die ING DiBa, dass Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsaspekte der Mine vor der Finanzierung nach den strengen Standards für Sorgfaltspflichten der IFC geprüft worden seien. Dass sie von ernsthaften Bedenken und der Beschwerde beim CAO-Ombudsman erfahren habe und sie die Entwicklung des Ombudsman-Verfahrens genau beobachtet.¹⁰⁴ Anstelle die Mediation zu unterstützen, zieht sie sich auf die Rolle einer Beobachterin zurück.

Wie im Kapitel „Lösungsstrategien“ dargestellt, haben 540 Betroffene aus 13 Dörfern mit Unterstützung von drei NGOs aufgrund der gravierenden Auswirkungen der Sangaredi-Mine auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie die Umweltschädigungen 2019 eine Beschwerde bei der Ombudsstelle der IFC eingereicht.¹⁰⁵ Diese Missachtung der IFC-Standards ist von den Banken nicht kritisiert worden. Inzwischen wurde im Mediationsverfahren zwar eine Einigung über den Abstand von Sprengungen zu den Dörfern getroffen. Nach Aussagen der Betroffenen hält sich das Unternehmen aber nicht immer daran.

IX. Der guineische Staat und die CBG



Generalsekretär der staatlichen Gemeinde in Sangaredi

Der guineische Staat hält 49 % der Unternehmensanteile der CBG. Durch den hohen Anteil am Unternehmen, hat der Staat großen Einfluss auf die Unternehmenspraktiken. Die CBG ist gleichzeitig ein wichtiges Unternehmen für die Finanzierung des Staatshaushalts. Sie zahlt 65 % ihrer Nettoeinnahmen als Steuern.¹⁰⁶ Gemäß der IFC ist die CBG die größte Steuerzahlerin des Staats. In der Projektbeschreibung im Jahr 2015 schreibt sie, dass die CBG das größte Unternehmen in Guinea sei. Sie erwirtschaftete rund 80 % der Exporteinnahmen, 12 % der Staatseinnahmen und 7 % des BIP.¹⁰⁷ Gemäß des Berichts der guineischen Regierung an die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) aus dem Jahr 2018, ist die CBG inzwischen nur noch die zweitgrößte Steuerzahlerin nach dem chinesischen Bergbauunternehmen *Société Minière de Boké* (SMB).¹⁰⁸

Ein Mitarbeiter eines regionalen GIZ-Projekts zur nachhaltigen Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen kritisierte widersprüchliche Rechtsanwendung in deutlichen Worten. Der Staat setze seine Gesetze gegenüber der CBG nicht durch. Die CBG setze z.B. die gesetzliche Vorschrift zur Renaturierung von Minen nicht um, ohne dafür sanktioniert zu werden. Es komme



Büro für ländliche Entwicklung in Sangaredi



Institut des Mines in Boké

auch zu Interessenskonflikten in Boké, wenn beispielsweise Bergbauunternehmen Regierungsmitarbeiter*innen bei Besuchen bezahlen. Nichtregierungsorganisationen regeln zum Teil die Probleme des Staats.

Während der guineische Staat also gut an der CBG verdient und ihre Produktionspraktiken unterstützt, ignoriert er deren gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Schädigungen der Umwelt. Die Kontrolle des Unternehmens ist an die Unter-Präfektur delegiert, die diese mangels Ausstattung und Kapazitäten aber nicht im Ansatz wahrnehmen kann. So besteht die für Umweltschutz zuständige Abteilung für Wasser und Wald in Sangaredi (*Service Eau et Forêt de Sangaredi*) gerade einmal aus drei Angestellten: 1. dem Leiter (Chef Service Eau et Forêt), einem Militärangehörigen (Sergent Chef) mit

technischer Zusatzausbildung; 2. dem Beigeordneten (adjoint) des Chefs, einem Bergbauingenieur; 3. Einem weiteren Soldaten (Sergent). Sie werden unterstützt von einem pensionierten Beamten (Fonctionnaire à la retraite). Am Gespräch mit FIANS Recherche-Team nahm auch eine Praktikantin teil (stagiaire en Environnement). Die Abteilung hat keinerlei technische Ausstattung, nicht mal einen Computer. Gegenüber FIAN gab der Leiter an, dass sie den Umwelt-Management-Plan der CBG nicht kennen, den das Unternehmen laut Bergbaugesetz vorlegen muss.

Die Bewohner*innen der betroffenen Dörfer sehen in der Verflechtung des Konzerns mit der Regierung einen wesentlichen Grund dafür, dass die Regierung ihnen nicht hilft.

IX. Guineas menschenrechtliche Pflichten

Guinea hat die acht zentralen Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen ratifiziert.¹⁰⁹ Der Staat hat sich damit verpflichtet, die in diesen Pakten verfassten Rechte nach seinen Möglichkeiten zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten und dies fortlaufend zu verbessern. Dies bedeutet auch, menschenrechtliche Pflichten Vorrang vor Wirtschaftsinteressen einzuräumen.

Die Rechte auf Nahrung, Wasser, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur sind im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte verfasst. Das Recht von Frauen, vor Diskriminierung geschützt zu sein, ist am umfassendsten im UN-Pakt zur Abschaffung jeglicher Diskriminierungen von Frauen (engl. Abkürzung: CEDAW) bestimmt. Beide UN-Ausschüsse haben die Bedeutung der einzelnen Rechte sowie die entsprechenden staatlichen Pflichten in Rechtskommentaren detailliert festgelegt. Vorrangig sollen Staaten die Rechte für die am stärksten betroffenen und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen verwirklichen. Dazu gehören auch in Guinea die ländliche Bevölkerung, Frauen, Kinder, ältere und beeinträchtigte Menschen. Sie sind gleichermaßen Rechtsträger*innen wie andere Bevölkerungsgruppen.

Für die Verwirklichung der Rechte auf angemessene Nahrung, Wasser, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Kultur sind neben der Verfügbarkeit nötiger Angebote und Infrastrukturen sowie Angemessenheit vor allem der physische und wirtschaftliche Zugang aller Menschen zu jeder Zeit zu diesen grundlegenden Bedürfnissen erforderlich.¹¹⁰ Für die Abschaffung jeglicher Diskriminierungen von Frauen in ländlichen Regionen betont der UN-Frauenausschuss zusätzlich die Rechte auf Schutz vor Gewalt, und Zugang zu Justiz. Regierungen müssen



© Benjamin Moscovici

Bauxitverladebahnhof in der Nähe von Hamdallaye



© Benjamin Moscovici

Dorfchef Mamadou Bah vor seinem Haus in Hamdallaye



Verschmutzter Schlamm aus dem Fluss

insbesondere unterschiedliche und negative Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf Frauen berücksichtigen. Dazu gehört auch der gezielte Schutz vor Bedrohungen durch Land- und Bodenzerstörung, Wasserverschmutzung und Quellenzerstörung durch rohstoffgewinnende Industrien. Staaten sollen dazu nicht-staatliche Akteur*innen, wie beispielsweise Wirtschaftsunternehmen, in ihrer Hoheitsgewalt regulieren.

Außerdem muss der Staat bei der Erfüllung seiner Pflichten die Rechtsträger*innen vor Projektbeginn und ohne zu diskriminieren umfassend und sinnvoll informieren, konsultieren und aktiv in Entscheidungen einbeziehen. Er muss transparent vorgehen, rechtsstaatliche Verfahren gewährleisten sowie seine Rechenschaftspflicht wahrnehmen.

Zusätzlich zu den Pflichten, die sich aus den UN-Menschenrechtspakten ableiten, ist Guinea als Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet, Menschenrechtsresolutionen mit bester Intention umzusetzen.

Im Juli 2022 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Annahme der Resolution A/RES/76/300 das Menschenrecht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt anerkannt. Darunter sind unter anderem saubere Luft, gesunde Ökosysteme und

Biodiversität, sicheres und ausreichendes Wasser sowie gesunde und ausreichende Nahrung gefasst. Wesentlich sind darüber hinaus die damit verbundenen Verfahrensrechte, die die Information und Teilhabe von lokalen Gemeinden an Entscheidungsprozessen sowie den Zugang zu Justiz umfassen.¹¹¹ Mit dieser Anerkennung wird der unzertrennlichen Verbindung von Menschen mit ihrer natürlichen/ökologischen Umgebung Rechnung getragen. Umweltveränderungen oder -zerstörungen können der Wahrnehmung aller Menschenrechte entgegenstehen. Sofern sie von Menschen direkt oder indirekt verursacht sind, können Betroffene die Verantwortlichen nun auf menschenrechtlicher Basis dafür zur Rechenschaft ziehen.

Der guineische Staat hat in Bezug auf die Vorgehensweise der CBG mit der Sangaredi-Mine die dargestellten Menschenrechte und seine entsprechenden Pflichten verletzt. Obwohl er durch seinen hohen Anteil am Unternehmen starken Einfluss auf dessen Produktions- und Geschäftspraktiken ausüben kann, um die Menschenrechte der Bevölkerung zu schützen, stützt er offensichtlich einseitig die Interessen der CBG. Die Ursache liegt dabei nicht vorrangig in fehlenden Mitteln für die schrittweise Verwirklichung der Rechte, sondern vermutlich im einseitigen Interesse, die Steuereinnahmen zu erhalten. Dazu ist eine Justiz dienlich, die den Rechtsträger*innen keinen Schutz bietet. Dies wird in allen Quellen deutlich: FIANS Vor-Ort-Recherche, den Studien von *Inclusive Development International* (IDI) und *Human Rights Watch* (HRW), den Abschließenden Bemerkungen der UN-Sozial- und -Frauenausschüsse sowie der Studie von *Advocats sans Frontiers France*.

X. Deutschlands Extraterritoriale Pflichten

Menschenrechte und staatliche Pflichten gelten auch über Staatsgrenzen hinaus. Staaten sind völkerrechtlich verpflichtet, die Rechte der UN-Menschenrechtspakte, die sie ratifiziert haben, auch bei Maßnahmen in oder im Hinblick auf andere Staaten zu respektieren. Zu ihrer staatlichen Pflicht, Menschenrechte zu schützen, gehört auch, das Handeln nicht-staatlicher Akteure zu regulieren, unabhängig davon, wo sich diese aufhalten. Das bedeutet beispielsweise, dass Wirtschaftsunternehmen für Verursachungen, Beteiligungen und Verbindungen mit Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Der UN-Sozialausschuss und der UN-Frauenrechtsausschuss haben diese sogenannten Extra-territorialen Pflichten in ihren Allgemeinen Rechtskommentaren betont.

Ungebundenen Finanzkredit-Garantien (UFK) sind ein Instrument der Außenwirtschaftsförderung, das zur Sicherung des Rohstoffbedarfs der deutschen Industrie dient.¹¹² Über die Vergabe von UFK entscheidet ein inter-ministerieller Ausschuss (IMA) unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums (jetzt Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, BMWK).

Die Bundesregierung hat den Kredit der ING Diba an die CBG mit einer UFK versichert, obwohl das Projekt in der Wirkungsanalyse der IFC in der Kategorie A eingestuft worden ist. Kategorie A bedeutet, dass es potentiell erheblich negative ökologische und soziale Risiken und/oder Auswirkungen hat, die vielfältig, unumkehrbar und unvorhersehbar sind.¹¹³ Mit der Wirkungsanalyse und dem weiter Monitoring der CBG ist das Unternehmen Ramboll beauftragt, das dem Bankenkonsortium halbjährlich Berichte vorlegt.

Die Bundesregierung hat sich bei ihrer Entscheidung für diese UFK-Garantie auf die Analyse der Weltbank verlassen. Trotz des kritischen Ergebnisses hat sie die UFK gegeben. Dies steht im Gegensatz zu ihrer



Minenstraßen durchschneiden die Grundstücke der Bewohner*innen von Hamdallaye

Darstellung, dass die Berücksichtigung von Menschenrechten einen hohen Stellenwert in der Außenwirtschaftsförderung einnimmt und „dass sie bei ihrer Geschäftstätigkeit den etablierten Kanon der Menschenrechte beachten“. Unter anderem würden Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung und besonders verletzbare Gruppen geprüft.¹¹⁴ Dies hat sie offensichtlich nicht (ausreichend) getan. Die Bundesregierung zieht sich darauf zurück,



© Benjamin Moscovici

dass sich die Situation für die Bevölkerung durch die Kreditaufgaben der IFC seit 2016 und des Besuchs des deutschen Botschafters 2021 vor Ort verbessert habe. Dies wurde von den Gemeinden nur sehr eingeschränkt bestätigt. Wie im Kapitel „Unzureichende Entschädigung“ dargestellt, zahle die CBG seit 2016 zwar Entschädigungen für abgeholzte Bäume, aber nur für von den Gemeinden gepflanzte. Die Zahlungen seien intransparent und nicht ausreichend. Zudem würde die CBG nichts für das Abbaggern des Agrarlands und die Zerstörung der Gewässer zahlen.



Das Wasser einer Tiertränke in Paragögö versickert

Zwar würde die CBG seitdem die Sprengungen und das Abbaggern von Landflächen ankündigen. Sie hätten aber keine Möglichkeit, darüber mit dem Unternehmen zu verhandeln oder ein Veto einzulegen. Zwar sei das Gesundheitszentrum in Neu-Hamdallaye nach dem Besuch des Botschafters mit Material und einer Krankenschwester ausgestattet worden, doch wie im Abschnitt zu Gesundheit beschrieben, können Patient*innen nur sehr eingeschränkt behandelt werden.

Auch Ramboll weist in seinen Monitoring-Berichten darauf hin, dass die CBG auch dringende Verbesserungsempfehlungen trotz mehrfacher Hinweise über Zeiträume zwischen Juli 2019 und März 2022 nicht umgesetzt hat.

	Nicht geprüft M = moderates Problem E = ernstes Problem				
	Kontroll-Monate				
Problembeschreibung	Juli 2019	Juli 2020	März 2021	Okt. 2021	März 2022
Leistung/Kultur im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz		M		E	E
Verzögerungen bei der Beschaffung		E	E	E	E
Umsetzung von Verfahren für das Veränderungsmanagement			M	M	E
Luftqualität	E	E		E	E
Sicherheit an der Eisenbahnlinie, Installation von Zäunen und Fußgängerbrücken		M	E	E	E
Umsiedlung von Hamdallaye, Sicherheit des Landbesitzes	M	M	M	M	E
Fassaly Fouthabé – Zuweisung von Lehrer*innen für die Schule			M	M	E
Fassaly Fouthabé - kumulative Auswirkungen auf betroffene/ vertriebene Gemeinschaften			M	E	E
Mittel für die Durchführung von Umsiedelungen		E	M	E	E
Isometrix-Datenbank (für Risiko-Management in den Bereich Soziales, Umwelt, Steuerung/Leitung)				M	M
Programm für Umwelt-Monitoring		E	E	M	M
Trennung von Öl und Wasser am Standort Kamsar	M	M	E	E	E
Abfall-Management			M	M	M
Entwässerung des Umsiedlungsorts Hamdallaye		M	M	M	M

Quelle: Ramboll 2022, eigene Übersetzung und Gestaltung

Mann in Paragöo mit
FIAN Flyer



Die Bundesregierung hat ihre extra-territorialen Menschenrechtspflichten verletzt. Sie hat die ING-Diba nicht wirksam reguliert, so dass diese ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist, auf die CBG wirksam einzuwirken, dass diese die Menschenrechte der Bevölkerung achtet, die unmittelbar im Minengebiet lebt. Bis 2022 gab es keine verbindliche Regelung dafür, dass Unternehmen mit Sitz in Deutschland nach deutschem Recht für ihre Verursachung, Beteiligung oder Verbindung mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen in anderen Ländern zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), das seit 2023 in Kraft ist, reguliert zwar Unternehmen. Es schützt aber Betroffene gegen Rechtsverletzungen nur sehr eingeschränkt, da das Gesetz ihnen keine Klagemöglichkeit gegen die

Unternehmen eröffnet. Damit missachtet die Bundesregierung ihre Schutzpflicht – in diesem Fall und auch strukturell. Zwar hat sie bzw. ihr Mandatar Euler Hermes selbst auf die CBG eingewirkt, damit diese ihre rücksichtslose Produktionsweise ändert. Sie hat aber die betroffenen Rechtsträger*innen nicht gemäß den menschenrechtlich gebotenen Kriterien einbezogen. Zudem hat ihre Intervention offensichtlich nicht zu menschenrechtlich relevanten Verbesserungen der Situation der Rechtsträger*innen geführt. Eine Ausnahme dafür stellt die Intervention von Euler Hermes im Juni 2023 dar, indem sie nach Aufforderung von FIAN erfolgreich auf die CBG eingewirkt haben, die gravierende Verschmutzung eines Flusses bei Fassali Foutabhé einzustellen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Bundesregierung, vertreten durch ihren Mandatar, eine wirksame Hebelwirkung hat.

XI. Empfehlungen

An die deutsche Regierung

Die Bundesregierung sollte ihre extra-territorialen Menschenrechtspflichten in konkrete Politik und Maßnahmen umsetzen. Dazu gehören:

a) im Fall der Sangaredi Mine:

- auf die Monitoring-Berichte von Ramboll und anderen beauftragten Unternehmen/ Organisationen mit wirksamen
- Maßnahmen reagieren;
- auf die guineische Regierung einwirken, damit sie die unten angeführten Empfehlungen umsetzt; die Mediation des CAO-Ombudsman der IFC zur Beschwerde der 13 Dörfer aktiv unterstützen; zum Beispiel, indem sie auf die CBG einwirkt, sich kooperativ zu beteiligen;

b) für die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung

- Menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten bei der Außenwirtschaftsförderung Vorrang vor bloßen Wirtschaftsinteressen einräumen;
- in Verträgen mit Unternehmen für die Vergabe von UFK strenge Auflagen in deren Kreditverträgen und entsprechende Sanktionen für deren Missachtung festlegen;
- dem Mandatar der Außenwirtschaftsförderung Transparenzpflichten auferlegen, um frühzeitig bei Risikoermittlung die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und deren Unterstützung durch NGO zu ermöglichen;
- klarstellen, dass das Geschäft des Finanzsektors zum Anwendungsbereich des LkSG gehört und das BAFA entsprechend anweisen;
- in den Verhandlungen für die EU CSDDD sich dafür einsetzen, dass der Finanzsektor genauso in die Pflicht genommen wird, wie die anderen Sektoren, und ihn gemäß der OECD als High-Impact-Sector einstufen.

Die guineische Regierung sollte ihre menschenrechtlichen Pflichten, zu denen sie sich durch die Ratifizierung der UN-Menschenrechtspakte bekennt, umfassend und wirksam nachkommen. Dazu gehören in diesem konkreten Fall, **auf die CBG einzuwirken**, damit sie

- sich umfassend an die nationalen Gesetze und internationalen Regeln für Menschenrechte und Wirtschaftsunternehmen sowie für den Bergbau hält;
- sich aktiv und kooperativ am Mediationsverfahren beim CAO-Ombudsman der IFC beteiligt;
- die Inanspruchnahme von Land der Dörfer durch das Unternehmen transparent so regelt, dass traditionelles Gemeinschaftsrecht anerkannt wird;
- Familien, deren Land sie für die Mine beansprucht, für den Verlust des Landes umfassend entschädigt und Frauen dabei aktiv einbezieht;
- die Mine so schnell wie möglich mit fruchtbarer Erde renaturiert, damit die Bodenfruchtbarkeit möglichst erhalten bleibt und die Bäuer*innen wieder Landwirtschaft betreiben können. Dazu müsste die CBG abgetragene Erdschichten getrennt aufbewahren und auch getrennt wieder auftragen;
- Bauxit nicht mittels Sprengungen abbaut, sondern mit Fräsen, um Beschädigungen von Häusern und Staubeentwicklung zu vermeiden;
- Sprengung von Quellen untersagt;
- Trockenwälder weitestgehend stehen lässt, um biologische Vielfalt zu erhalten;
- bergbaufreie Schutzzonen um die Dörfer erheblich ausweitet und das Bergbaugesetz entsprechend reformiert;
- Bauxit nur einmal täglich per Zug abtransportiert anstatt sechsmal täglich, um Bevölkerung und Tiere nicht unnötig zu gefährden und Bodenerschütterungen zu vermeiden;
- die Bahntrasse in Nähe der Dörfer einzäunt, um Unfälle zu vermeiden und Tiere zu schützen;
- mangelhaft gebaute Häuser in Neu-Hamdallaye schnellst möglich repariert;
- Der Bevölkerung vor Ort ausreichende, sichere Arbeitsplätze anbietet und langfristige Verträge abschließt.

An die guineische Regierung

Außerdem sollte die guineische Regierung:

- eine Raumplanung vornehmen, die einen Ausgleich der Interessen der lokalen Bevölkerung und Umwelt gegenüber den Interessen des Staates an Einnahmen schafft und die sich der kumulativen Effekte des sich immer weiter ausdehnenden Bergbaus annimmt;
- die CBG dazu auffordern, regulär in den Fonds FODEL einzuzahlen;
- den betroffenen Dörfern bei Konflikten mit der CBG zur Seite stehen.

Zusammenfassung und Ausblick

FIANs Recherche legt die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung durch die CBG-Mine in Sangaredi offen, die mit ihrem rücksichtslosen Vorgehen bei der Bauxit-Gewinnung die Lebensgrundlagen der Menschen im Gebiet ihrer Konzession zerstört. Der Millionenkredit der ING Diba (und anderen Banken) macht die Steigerung der Produktion der Mine möglich, die maßgeblicher Auslöser der beschriebenen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden ist. Die Bank übernimmt jedoch gemäß ihren Aussagen dafür keine Verantwortung. Durch die Versicherung dieses Kredits verletzt die Bundesregierung ihre menschenrechtliche Schutzpflicht gegenüber den Menschen, die den verheerenden Folgen dieses Bauxit-Abbaus ausgesetzt sind.

FIAN wird die Bundesregierung weiterhin mit den Menschenrechtsverletzungen konfrontieren, die sie für die Versorgung der deutschen Industrie mit Bauxit in Kauf nimmt, und die Rechtsträger*innen in Guinea bei ihrem Einsatz für Wiedergutmachung und Entschädigung unterstützen. Deutschlands extraterritoriale Menschenrechtspflichten müssen sowohl für die Außenwirtschaftsförderung gelten als auch für die Anwendung des Lieferkettengesetzes¹¹⁵ auf die Wertschöpfungskette des Finanzsektors.

Danksagungen

Die Autorinnen der Studie danken allen Interviewten für ihre Bereitschaft, ihre Informationen und ihr Wissen mitzuteilen und für diese Studie zur Verfügung zu stellen. Unser Dank gilt insbesondere den von der Sangaredi-Mine betroffenen Gesprächspartner*innen. Für die Vorbereitung der Recherchereise waren Publikationen von und Gespräche mit Vertreter*innen von HRW und IDI sehr wertvoll.

Endnoten

- 1 Guinea: CBG-01/ Sangaredi | Office of the Compliance Advisor/Ombudsman cao-ombudsman.org , Letzter Zugriff 10.08.2023
- 2 HRW 2018: What Do We Get Out Of It? The Human Rights Impact of Bauxite Mining in Guinea. https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/guinea1018_web2.pdf , letzter Zugriff 30.08.2023.
HRW & IDI 2021: Aluminium: The Car Industry's Blind Spot. Why Car Companies Should Address the Human Rights impact of Aluminium Production. https://www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2021/07/global_bauxite0721_web.pdf, letzter Zugriff 30.08.2023.
- 3 CIA: The World Fact Book, Guinea, July 25, 2023 <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/guinea/> , letzter Zugriff 12.02.2024
- 4 Die dezentrale Struktur basiert auf Artikel 2 des Gesetzes über Gebietskörperschaften (Code Collectivités Locals). Die dezentrierte Struktur basiert auf Artikel 144 der Verfassung.
- 5 OECD/UCLG (2019) 2019 Report of the World Observatory on Subnational Government Finance and Investment – Country Profiles, Country Profile Guinea. [SNGWOFI_2019_report_country_profiles.pdf](https://www.oecd.org/dataoecd/12/19/50909211.pdf) (sng-wofi.org) , letzter Zugriff 28.08.2023
- 6 USAID 2012: Guinea Environmental Threats and Opportunities Assessment, <https://usaidgems.org/Documents/FAA&Regs/FAA118119/Guinea2012.pdf> , letzter Zugriff 12.02.2024
- 7 USAID 2008: Property Rights and Artisanal Diamond Development (PRADD) Pilote Program, Policy Review: Land Tenure, Natural Resources Management (NRM), and Mining Legislation, https://www.land-links.org/wp-content/uploads/2016/09/USAID_Land_Tenure_PRADD_Guinea_Policy_Review.pdf , letzter Zugriff 12.02.2024
Die FAO listet 33 parallele Gesetze auf: <https://www.fao.org/faolex/country-profiles/general-profile/see-more/en/?iso3=GIN&countryname=Guinea&area=Agricultural%20and%20rural%20development&link=aHRocDovLzZhb2xleC5mYW8ub3JnL2NnaS1iaW4veG1sLmV4ZTgkYXRhYmFzZT1mYW9sZXgmYW1wO3NlYXJjaF9oeXBIPXF1ZXJ5JmFtcDtoYWJsZT1hbGwmYW1wO3F1ZXJ5PUFSRUE6QUcgQU5EIENDOkdVSSBBTkQgVDpBTEwgQU5EIFJFUEVBTEVEOk4gQU5EIFNVUEVSUzpoIE5PVCBSTzpzIEFORCBaOihMIFlgTSkgTk9UIFo6UCZhbXA7c2gydF9uY> , letzter Zugriff 12.02.2024
- 8 Ministère de l'Environnement, des Eaux et des Forêts, <http://meeef-guinee.org/> , letzter Zugriff 12.02.2024
- 9 Code de l'Environnement de la République de Guinée 1987, Art. 82, 83. <https://faolex.fao.org/docs/pdf/gui5726.pdf> , letzter Zugriff 03.01.2024
- 10 Ministère de l'Environnement des Eaux et Forêt 2013: Guide Général de Réalisation des Études d'Impact Environnemental et Social, Février 2013, <https://medd.gov.gn/file/2022/12/Guide-General-dEIES-derniere-version.pdf> , letzter Zugriff 08.01.2024
- 11 Art. 3 Gesetz für lokale Gebietskörperschaften (Code des collectivités locale) 2017
- 12 Art. 3 Gesetz für lokale Gebietskörperschaften (Code des collectivités locales) 2017
- 13 Das Bergbaugesetz (Code Minier) in der Fassung von 2011 zusätzlich den Änderungen von 2013.
- 14 Lado, Hervé u. Sun-Min Kim 2019: Les mécanismes d'appui au développement local dans la législation minière en Guinée, National Resource Governance Institute, <https://resourcegovernance.org/sites/default/files/documents/les-mecanismes-dappui-au-developpemen-dans-la-legislation-miniere-en-guinee.pdf> , letzter Zugriff 24.01.2024
- 15 République de Guinée, Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives de la République Guinée Rapport Assoupli, Exercices 2019-202 <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> S. 125, letzter Zugriff 13.01.2024
- 16 Artikel 20 des Finanzgesetzes aus dem Jahr 2016 (loi de finances 2016/001/AN Wie z.B. der Service Eau et Forêt de Sangaredi, (s. Kapitel Der guineische Staat und die CBG)
Die Fläche entspricht der von Großbritannien. <https://www.faz.net/aktuell/politik/thema/guinea> letzter Zugriff 12.02.2024
Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Staat/Afrika/GN.html> , letzter Zugriff 04.09.2023
de la République de Guinée) : <https://www.droit-afrique.com/uploads/Guinee-LF-2016.pdf> , letzter Zugriff 28.01.2024
- 17 Erlass Nr. vom 11. November 2017 (Décret D/2017/298/PRG/SGG du 11 novembre 2017). Gemäß Lado, Hervé u. Sun-Min Kim 2019 (s. Fußnote 14) hätte der Transfer der Mittel des FNDL im Jahr 2016 96,7 Milliarden GNF (10,5 Millionen USD) betragen müssen. Wäre er gleichmäßig auf alle guineischen Gemeinden verteilt worden, müsste jede Gemeinde 282,6 Mio. GNF (29.224 USD) erhalten haben.
- 18 Wie z.B. der Service Eau et Forêt de Sangaredi, (s. Kapitel Der guineische Staat und die CBG)
- 19 Die Fläche entspricht der von Großbritannien. <https://www.faz.net/aktuell/politik/thema/guinea> letzter Zugriff 12.02.2024
- 20 Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Staat/Afrika/GN.html> , letzter Zugriff 04.09.2023
- 21 <https://hdr.undp.org/data-center/human-development-index#/indicies/HDI> , letzter Zugriff 01.08.2023.
Wert 2021: 0,465; Lebenserwartung: 58,9 Jahre, durchschnittliche Schulung von Kindern: 9,8 Jahre; durchschnittliche Schulbildung Erwachsener: 2,2 Jahre, durchschnittliches jährliches Pro-Kopf-Einkommen: 2.481 USD.

- ²² Alkire, S.; Kanagaratnam, U.; Suppa, N. The Global Multidimensional Poverty Index (MPI) 2020; OPHI MPI Methodological Notes, 49; Oxford Poverty and Human Development Initiative, University of Oxford: Oxford, UK, 2020-2023, Table 2: <https://hdr.undp.org/system/files/documents/hdp-document/2023mpireportenpdf.pdf>, letzter Zugriff 01.08.2023. Wert: 0,373, Prozentsatz der Bevölkerung, die benachteiligt ist bei Ernährung: 31,7 %, Kindersterblichkeit: 12,0 %, durchschnittliche Schulzeit: 45,9 %, durchschnittliche Beschulung für Kinder: 39,6 %, Brennstoff zum Kochen: 64,6 %, Sanitäranlagen: 54,8 %, Trinkwasser: 36,5 %, Elektrizität: 48,4 %, Wohnen: 38,8 %, Vermögenswerte: 24,0 %
- ²³ Natural Resource Governance Institute, 27.10.2022, <https://resourcegovernance.org/publications/guinean-communities-benefit-mining-revenues-and-civil-society-capacity-building>, letzter Zugriff 10.08.2023
- ²⁴ MDPI <https://www.mdpi.com/2073-445X/11/1/10>, letzter Zugriff 10.08.2023
- ²⁵ Vgl. UNDP: Inequality-Adjusted HDI Guinea: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/GIN>, letzter Zugriff 04.09.2023
- ²⁶ Die Süddeutsche, 07.09.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/guinea-putsch-jubel-und-kritik-1.5403940>, letzter Zugriff 09.08.2023
- ²⁷ UN-Sozialausschuss 2020: Concluding Observations, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/countries.aspx?CountryCode=GIN&Lang=EN, letzter Zugriff 09.08.2023
- ²⁸ CEDAW 2014: Observations finales concernant les septième et huitième rapports périodiques (présentés, CEDAW/C/GIN/CO/7-8, en un seul document) de la Guinée* https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/TBSearch.aspx?Lang=en&TreatyID=3&CountryID=71&DocTypeID=5, letzter Zugriff 30.12.2023
- ²⁹ Advocats sans Frontiers France 2022: Droits de l'Homme et industries extractives en Guinée: cartographie des acteurs, cadre juridiques applicables, dispositifs et enjeux de protection. S. 58, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Etude5DH%26industriesextractives_09092022.pdf; letzter Zugriff 27.07.2023
- ³⁰ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR, 1978), Convention on the Right of the Child (CRC, 1990), International Covenant on Civil and Political Rights (CCPR, 1978), Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (CEDAW, 1982), Convention against Torture and other Cruel Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CAT, 1989), International Convention on the Protection of the Rights of all Migrant Workers and Members of Their Families (CMW, 2000), International Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination (CERD, 1977), Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD, 2008). https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Treaty.aspx?CountryID=71&Lang=EN, letzter Zugriff 12.02.2024
- ³¹ UN Doc. Nr. E/C.12/GIN/1, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolNo=E/C.12/GIN/1&Lang=en, letzter Zugriff 01.05.2023
- ³² FAO: The State of Food Insecurity and Nutrition 2023, Table A1.1: <https://www.fao.org/3/cc3017en/cc3017en.pdf>, Definition: Food insecurity as measured by this indicator refers to limited access to food, at the level of individuals or households, due to lack of money or other resources. (S. 183), letzter Zugriff 10.08.2023
- ³³ Economic and Social Council, Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Concluding Observations on the initial report of Guinea, 30.03.2020; E/C.12/GIN/CO/1. https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/countries.aspx?CountryCode=GIN&Lang=EN, letzter Zugriff 09.08.2023
- ³⁴ CEDAW 2014: Concluding Observations on the combined seventh and eighth reports of Guinea: CEDAW/C/GIN/CO/7-8, https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolNo=CEDAW%2FC%2FGIN%2FCO%2F7-8&Lang=en, letzter Zugriff 12.02.2024
- ³⁵ S. z.B. Amali <https://amaliguinee.org/>, letzter Zugriff 12.02.2024. Protection Fille Femmede Guinée <https://www.facebook.com/P2FGUINEE/>, und https://www.upr-info.org/sites/default/files/documents/2019-12/js7_upr35_gin_f_main.pdf, letzter Zugriff 12.02.2024
- ³⁶ The Worldbank Group 2018: Country Partnership Framework for the Republic of Guinea for the Period FY2018-FY23, May 10, 2018, Abs. E 27. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/346601528601433676/pdf/Guinea-CPF-Board-Version-Final-05152018.pdf>, letzter Zugriff 09.08.2023
- ³⁷ Aufgrund struktureller Diskriminierungen und geschlechtsspezifischer Verfolgung von Frauen in Guinea erkennt das Verwaltungsgericht Berlin diese als eine soziale Gruppe mit unveränderbaren Merkmalen an, deren Mitglieder allein aufgrund der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe Gewalt ausgesetzt sind, unter anderem in Form von Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung, Misshandlungen und sexueller Ausbeutung. Verwaltungsgericht Berlin, Urteil, 16. November 2022, VG 31 K 348.19 A, https://www.frnw.de/fileadmin/frnw/media/downloads/Themen_a-Z/Asylverfahren/31111.pdf, letzter Zugriff 09.08.2023
- ³⁸ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/12/guinea-defense-and-security-forces-killed-people-in-proopposition-neighbourhoods-2/> letzter Zugriff: 04.08.2023
- ³⁹ Advocats sans Frontiers France 2022: Droits de l'Homme et industries extractives en Guinée: cartographie des acteurs, cadre juridiques applicables, dispositifs et enjeux de protection. S. 14, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Etude5DH%26industriesextractives_09092022.pdf, eigene Übersetzung; letzter Zugriff 27.07.2023.
- ⁴⁰ <https://www.amnesty.org/en/location/africa/west-and-central-africa/guinea/report-guinea/>, letzter Zugriff 12.02.2024
- ⁴¹ Mamadou Alpha Mariam Diallo, Dakala Grovogui, Moussa Soumaoro 2021: Landreforms in Guinea: challenges and prospects for the recognition of legitimate rights. : [lied/MDT 2021: 177781IED.pdf](https://www.mdt.org/177781IED.pdf), letzter Zugriff 12.02.2024.

- ⁴² Verfassung Guineas 2020, Artikel 1 (Gleichheit vor dem Gesetz), 9 (Verbot von Diskriminierung), 16 (Recht auf Eigentum).; im Code Civil, Artikel 682 ff (Erbangelegenheiten), <https://www.assembleeguinee.org/la-constitution> , letzter Zugriff 12.02.2024
- ⁴³ International Monetary Fund 2021: Guinea. 2021 Selected Issues. IMF Country Report No. 21/147, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2021/07/06/Guinea-Selected-Issues-461723> , letzter Zugriff 10.08.2023
- ⁴⁴ CORE.CEO 2019: Guinea Special Economic Zone, Creating Jobs, Accelerating Industrialisation, Final Report. February 2017 <https://www.invest.gov.gn/communication/boke/5.pdf> , letzter Zugriff 04.09.2023
- ⁴⁵ Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives de la République Guinée, Rapport Assoupli ITIE 2021, Decembre 2023. <https://docs.google.com/viewerng/viewer?url=https://www.itie-guinee.org/wp-content/uploads/2023/12/Rapport-ITIE-Guinee-2021-Version-finale-12122023.pdf&hl=fr> , sowie : <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> letzter Zugriff 13.01.2024
- ⁴⁶ Weitere rund 2 % flossen in den Sozialsektor, 0,3 % an die Zentralbank, rund 7 % an Staatsunternehmen und 3 % wurden für soziale und ökologische Zahlungen verwendet.
- ⁴⁷ Guinea Mining Cadastre Map Portal <https://guinee.cadastreminier.org/en/> , letzter Zugriff 04.09.2023
- ⁴⁸ Code Minier, Artikel 130
- ⁴⁹ Code Minier Artikel 131
- ⁵⁰ Code Minier, Artikel 130
- ⁵¹ Advocats sans Frontiers France 2022: Droits de l'Homme et industries extractives en Guinée: cartographie des acteurs, cadre juridiques applicables, dispositifs et enjeux de protection. S. 58, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Etude5DH%26industriesextractives_09092022.pdf , letzter Zugriff 27.07.2023
- ⁵² <https://rechneronline.de/flaeche/>
- ⁵³ In Umsetzung von Art. 130 Code Minier
- ⁵⁴ Bauxit gehört nach Art. 14 Code Minier zur Kategorie A von Rohstoffen, für die 0,5 % des Umsatzes zu zahlen ist.
- ⁵⁵ Code Minier, Art. 130
- ⁵⁶ Republic de Guinée: Arrêt Conjoint A/2018/932/MMG/MATD/SGG sowie Decret/2017/285/PRG/SGG , <https://www.itiedoc-guinee.org/wp-content/uploads/2021/07/210703D.pdf> , letzter Zugriff 04.09.2023; eine umfassende Darstellung des Instruments FODEL vom Natural Resource Governance Institute 2019: Les mécanismes d'appui au développement local dans la législation minière en Guinée, Mai 2019: <https://resourcegovernance.org/sites/default/files/documents/les-mecanismes-dappui-au-developpemen-dans-la-legislation-mini%C3%A9re-en-gu%C3%A9e.pdf> , letzter Zugriff 12.02.2024
- ⁵⁷ Dies in Umsetzung von Art. 165 (neu) Code Minier Änderungsgesetz 2013
- ⁵⁸ Code Minier, Änderungsgesetz 2013 Art. 165 (neu)
- ⁵⁹ Die jetzige Militärregierung will die ANAFIC reformieren und hat deren Tätigkeiten gestoppt, s.o.
- ⁶⁰ Publish What You Pay (PWYP)2022: Women's stake in their claim for a share of Guinea's red gold" boom, March 3, 2022: <https://www.pwyp.org/pwyp-news/women-stake-their-claim-for-a-share-of-guineas-red-gold-boom/> letzter Zugriff 05-09.2023
- Die Weltbank sieht vier wesentliche Ursachen für die anhaltende Armut: parallele Verwaltungsstrukturen auf lokaler Ebene; ineffiziente Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen dezentrierten und dezentralisierten Ebenen; Beaufsichtigung durch höher Regierungsebenen, die die Autonomie und Rechenschaftspflicht der lokalen Gemeinden gegenüber der Bevölkerung beeinträchtigt; geringe Koordination der Akteur:innen bei der Erbringung von Dienstleistungen und Entwicklungsplanung.
- The World Bank International Development Association 2019: Project Appraisal Document on a proposed grant tot he Republic of Guinea, Report No: PAD3161, March, 1 2019, <https://documents1.worldbank.org/curated/en/233781553565643951/pdf/Guinea-Support-to-Local-Governance-Project.pdf> letzter Zugriff 04.09.2023
- ⁶¹ China war bis 2014 der weitaus größte Abnehmer des indonesischen Bauxits, <https://chinadialogue.net/en/pollution/indonesia-gambles-bauxite/> , letzter Zugriff 21.01.2024
- ⁶² Angabe des Büroleiters der GIZ in Conakry am 16.12.2022
- ⁶³ Advocats sans Frontiers France 2022: Droits de l'Homme et industries extractives en Guinée: cartographie des acteurs, cadre juridiques applicables, dispositifs et enjeux de protection. S. 58, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Etude5DH%26industriesextractives_09092022.pdf , S. 58, letzter Zugriff 27.07.2023
- ⁶⁴ S. Fußnote 40. S: 43
- ⁶⁵ Société Guinéenne du Patrimoine Minier 2017, <https://soguiipami.net/wp-content/uploads/2020/06/Rapport-dactivit%C3%A9-2017.pdf> und Société Guinéenne du Patrimoine Minier 2022, <https://soguiipami.net/wp-content/uploads/2023/12/RAPPORT-DACTIVITES-2022-DE-LA-SOGUIPAMI2.pdf> , letzter Zugriff 02.02.2024
- ⁶⁶ ITIE Rapport Assoupli Exercices 2019-2020, <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> , S. 142, 263, 271 f, letzter Zugriff 24.01.2024

- 67 EITI, Chiffres-clés 2020 – Données ouvertes (opendatait-guinee.org) , letzter Zugriff 24.01.2024
- 68 République de Guinée, Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives de la République Guinée Rapport Assoupli, Exercices 2019-2020 <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> , S. 141 f , letzter Zugriff 12.02.2024
- 69 Ramboll 2015: CBG Expansion Project, Guinea, Environmental and Social Due Diligence – Technical Report, November 2025
- 70 S.o. <https://disclosures.ifc.org/project-detail/SII/34203/cbg-expansion> , letzter Zugriff 10.08.2023
- 71 Guinea Mining Cadastre Map Portal <https://guinee.cadastreminier.org/fr/> , letzter Zugriff 13.01.2024; die Flächen entsprechen 1,1 bzw. 45 mal der Fläche des Bodensees (<https://magaziner.de/flaeche-umrechnen-nachrichten-fussballfeld-saarland-kreativ-vergleich-quadratmeter/>) , letzter Zugriff 12.02.2024
- 72 EEM Gestion Durable: Environmental and Social Impact Assessment of the CBG Mine Extension Project, Chapter 1-Background, December 2014, English Translation June 2015, Project No.: 13EA0039, Chapitre 1_ENGL version_V1-2PM (dfc.gov) , letzter Zugriff 10.08.2023.
IFC: CBG Expansion: <https://disclosures.ifc.org/project-detail/ESRS/34203/cbg-expansion> , letzter Zugriff 05.09.2023
- 73 EEM Gestion Durable: Environmental and Social Impact Assessment of the CBG Mine Extension Project, Chapter 1-Background, December 2014, English Translation June 2015, Project No.: 13EA0039, Chapitre 1_ENGL version_V1-2PM (dfc.gov) , letzter Zugriff 10.08.2023
- 74 EEM Gestion Durable: Environmental and Social Impact Assessment of the CBG Mine Extension Project, Chapter 7-Social Impact Assessment, December 2014, English Translation June 2015, Project No.: 13EA0039, https://www3.dfc.gov/environment/eia/cbg/Chapter_7/PX047_EEM_EIES_Chapitre_7_ENG_version.pdf , letzter Zugriff 10.08.2023
- 75 S.o. S. 1-38
- 76 Business and Human Rights: Guinée : Le déménagement des habitants du village de Hamdallaye s'est bien passé, selon la Compagnie des Bauxites de Guinée, 04.06.2020, <https://www.business-humanrights.org/de/latest-news/guin%C3%A9-le-d%C3%A9m%C3%A9nagement-des-habitants-du-village-de-hamdallaye-s'est-bien-pass%C3%A9-selon-la-compagnie-des-bauxites-de-guin%C3%A9/> letzter Zugriff, 10.08.2023
- 77 Code Minier 2011, Artikel 130 i.V.m. 14 fordert „Contribution au Développement local“ in Höhe von 0,5 % des Umsatzes eines Bauxitunternehmens. Wie diese Beteiligung im Einzelnen zu erfolgen hat, bestimmen ausführende Rechtsverordnungen. 2017 wurde so der FODEL geschaffen. Gemäß des Gesetzes ist die CBG von diesem Beitrag befreit, da sie bereits vor dem Inkrafttreten des Bergbaugesetzes 2011 Gemeinden freiwillig finanziell unterstützt hat. (s. Fußnote 14)
- 78 Rapport_Symposium_MinesGuinee2022.pdf (google.com) , S. 19; eigene Übersetzung aus dem Französischen Original, letzter Zugriff 14.08.2023
- 79 <https://www.africaguinee.com/la-cbg-demonstre-son-engagement-en-faveur-dune-valorisation-mini%C3%A8re-durable-en-decrochant-la-prestigieuse-certification-asi/> , ASI: <https://aluminium-stewardship.org/> letzter Zugriff 13.01.2024
- 80 <https://www.inclusivedevelopment.net/aluminum/aluminum-industry-watchdog-ignored-violations-at-guinea-mine/> , letzter Zugriff 07.02.2024
- 81 Originale Aussage auf Französisch: „Bien si on se basait sur les cas spécifique de la ville Sangaredi (les communautés locales impactées) et le cas de Hamdallaye, l'on peu dire que la CBG ne mérite pas cette certification vu que les projets sociaux en faveur des communautés n'ont pas réussi. La plainte des 13 villages en demontre.“
- 82 <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/critical-raw-materials/> ; letzter Zugriff 01.08.2023. Als strategisch wichtige Rohstoffe sind solche kategorisiert, die von der EU als wirtschaftlich entscheidend eingestuft werden und ein hohes Versorgungsrisiko durch einseitige Abhängigkeiten von einzelnen Staaten und Unternehmen besteht. https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/raw-materials/areas-specific-interest/critical-raw-materials_en , letzter Zugriff 12.02.2024
- 83 Z.B.: <https://rock-news.at/2024/01/09/die-bauxitindustrie-duerfte-bis-2030-ein-enormes-wachstum-erleben/> oder <https://rock-news.at/2023/12/29/bauxit-zementindustrie-wird-von-2023-bis-2030-ein-phaenomenales-wachstum-verzeichnen-kerneos-almatis-calucem/> , letzter Zugriff 12.02.2024
- 84 S. auch: Inclusive Development International/Human Rights Watch 2021: Aluminium – The Car Industry's Blind Spot. https://www.inclusivedevelopment.net/wp-content/uploads/2021/07/global_bauxite0721_web.pdf , letzter Zugriff 31.08.2023.
- 85 Antwort der Bundesregierung vom 15.02.2021 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz u.a., BT Drucksache 19/25892
- 86 https://www.wvmetalle.de/presse/artikeldetail/?tx_artikel_feartikele%5Bartikele%5D=7990&cHash=of8a438d86eb2a1e234abaac91ca7890 , letzter Zugriff 10.08.2023
- 87 Deutsche Rohstoffagentur 2020: Deutschland – Rohstoffsituation 2019, https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=5 , letzter Zugriff 30.08.2023
- 88 Deutsche Rohstoffagentur 2022: Deutschland – Rohstoffsituation 2021, https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=4 , letzter Zugriff 30.08.2023
- 89 Tatsächlich lieferte die CBG eine Gefriertruhe anstelle des bestellten Kühlschranks, die nicht geeignet ist für die Aufbewahrung von Medikamenten.
- 90 Ramboll 2022: CBG Bauxite Mine, Environmental and Social Monitoring Report - March 2022, S. 89
- 91 Ramboll 2022: CBG Bauxite Mine. Environmental and Social Monitoring Report - March 2022, published in September 2022.

- ⁹² Die verschiedenen Ökosysteme Guineas sind auf dieser Webseite dargestellt: <https://gn.chm-cbd.net/mise-en-oeuvre-de-la-cdb-en-guinee/documents/snpadb/strategie-nationale-et-plan-daction-de-la/1-les-ecosystemes-terrestres> , letzter Zugriff 15.08.2023
- ⁹³ S. dazu das Kapitel „Der guineische Staat und die CBG“
- ⁹⁴ Ramboll 2019: CBG Bauxite Mine Expansion – Environmental and Social Monitoring Report – December 2018.
- ⁹⁵ Thryonomys swinderianus. Auch wildlebende Grasscutters werden Ländern Afrikas südlich der Sahara gegessen und häufig auch als bushmeat bezeichnet. https://en.wikipedia.org/wiki/Greater_cane_rat , letzter Zugriff 17.08.2023
- ⁹⁶ Ramboll 2022: CBG Bauxite Mine, Environmental and Social Monitoring Report - March 2022, September 2022, S. 78 ff
- ⁹⁷ Gemäß mündlichen Aussagen zahlt die CBG für das Zählen von Bäumen 200.000 GNF pro Tag, was knapp 21 € entspricht
- ⁹⁸ Ramboll 2018: CBG Bauxite Mine Expansion – Environmental and Social Monitoring Report – February 2018, S. 37.
- ⁹⁹ <https://www.cao-ombudsman.org/cases/guinea-cbg-01-sangaredi> , letzter Zugriff 22.08.2023
- ¹⁰⁰ Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der FDP vom 11.03.2020, BT 19/17808
- ¹⁰¹ Antwort der Bundesregierung vom 15.02.2021 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz u.a., BT Drucksache 19/25892.
- ¹⁰² Antwort der Bundesregierung vom 15.02.2021 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz u.a., BT Drucksache 19/25892.
- ¹⁰³ Sie stellt sich vielmehr als Klimaschützerin dar, die zum Ziel hat, den CO₂-Ausstoß im Aluminium-Sektor zu verringern: <https://www.ingwb.com/en/insights/sustainability/decarbonising-aluminium> , letzter Zugriff 17.04.2023
- ¹⁰⁴ Business & Human Rights Ressource Centre: Unternehmensantwort, Antwort von ING., 12.04.2023, <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/antwort-von-ing/> , letzter Zugriff 28.08.2023
- ¹⁰⁵ CBGo1_Agreement on Dynamite Blasting_signed_o.pdf (cao-ombudsman.org) , letzter Zugriff 12.02.2024
- ¹⁰⁶ République de Guinée, Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives de la République Guinée Rapport Assoupli, Excerises 2019-2020, <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> , S. 75, letzter Zugriff 13.01.2024
- ¹⁰⁷ IFC Project Information & Data Portal: CBG Expansion, last Updated Date November 24, 2015, Disclosure - CBG Expansion, <https://disclosures.ifc.org/project-detail/ESRS/34203/cbg-expansion> , letzter Zugriff 28.08.2023
- ¹⁰⁸ République de Guinée, Initiative pour la Transparence dans les Industries Extractives de la République Guinée Rapport Assoupli, Exercices 2019-2020 <https://eiti.org/sites/default/files/2022-04/Guinea%202019-2020%20EITI%20Report.pdf> letzter Zugriff 13.01.2024
- ¹⁰⁹ S. Abschnitt: Die menschenrechtliche Lage
- ¹¹⁰ Hier kann nur ein kleiner Teil der Auslegungen der UN-Ausschüsse dargestellt werden. Ausführliche Auslegungen der hier genannten Menschenrechte hat der UN-Sozialausschusses in seinen Allgemeinen Rechtskommentaren Nr. 4, 12, 13, 14, 15 und 21 verfasst, der UN-Frauenrechtsausschuss in seiner Allgemeinen Empfehlung Nr. 34.
- ¹¹¹ Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR)/United Nations Environment Programme (UNEP)/United Nations Development Programme (UNDP): What is the Right to a healthy Environment?, Information Note
- ¹¹² <https://www.ufk-garantien.de/de> , letzter Zugriff 10.03.2023
- ¹¹³ IFC: Environmental and Sozial Categorization. <https://www.ifc.org/en/what-we-do/sector-expertise/sustainability/policies-and-standards/environmental-and-social-categorization> , letzter Zugriff, 30.08.2023
- ¹¹⁴ <https://www.ufk-garantien.de/de/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit/usm-pruefung.html> letzter Zugriff 10.03.2023
- ¹¹⁵ Das Gesetz heißt offiziell Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)



FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln



Zur unserer
Website geht's hier
www.fian.de

FIAN-Mitglied werden

<https://www.fian.de/mitmachen/mitglied-werden/>

Spendenkonto FIAN Deutschland

IBAN DE84 4306 0967 4000 444400
BIC: GENODEM1GLS

Instagram: https://www.instagram.com/fian_deutschland/

Facebook: <https://www.facebook.com/fiandeutschland>

Twitter: https://www.instagram.com/fian_deutschland/

